Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart
Erscheint alle 14 Tage * Verantwortlich für die Redaktion: Robert Dißmann

5. Jahrg. Stuttgart, 11. Oktober 1924 Nummer 17

Inhaltsverzeichnis:

1. Unternehmerpropaganda gegen das Proletariat (Tony Sender, Frankfurt a. M.).
2. Betrachtungen zum österreichischen Metallarbeiterstreik (Dr. J. Hannat, Wien).
3. Gesundungskrise oder — ? (F. Petrich, Gera-R.).
4. Zur Lage in der Industrie (Fritz König, Stuttgart).
5. Preisabbau? (Tony Sender, Frankfurt a. M.).
6. Von der Gewerbeinspektion (Sanitätsrat Dr. Hanauer, Frankfurt a. M.).
7. Die Betriebsräte im Aufsichtsrat (Dickmann, Dortmund).
8. Bücherbesprechung.

Unternehmerpropaganda gegen das Proletariat

Tony Sender (Frankfurt a. M.)

I.

In einem Staate, in dem das Proletariat bereits zu einem Hauptbestandteil der Bevölkerung geworden ist, in dem die moderne Entwicklung sich ihre Institutionen geschaffen hat, wie Presse, Versammlungswesen, wirtschaftliche und politische Organisationen aller Bevölkerungsschichten, in dem durch die Parlamente alle Fragen des sozialen Lebens zur Besprechung gelangen, gibt es ein außerordentlich wichtiges Moment, an dem schließlich auch der Herrenstolz der herrschenden Klasse nicht achtlos vorübergehen darf auf die Gefahr hin, sonst die ganze Grundlage seiner Existenz untergraben zu lassen: **die öffentliche Meinung.** Das hat schließlich auch das deutsche Unternehmertum einsehen lernen müssen, das sich lange genug im autokratischen Staate des löblichen Schutzes seiner Privilegien durch die Behörden in solch einseitiger Weise erfreute, daß es sich solchen Unbequemlichkeiten kaum zu unterziehen brauchte, zu der „misera plebs" herabzusteigen, um ihr klarzumachen, daß die Unternehmermaßnahmen ganz und gar diktiert seien von der Sorge um das Wohl der Volkswirtschaft im allgemeinen und der arbeitenden Bevölkerung im besonderen. Nun aber hat doch der Wurm der Skepsis bereits sein Nagewerk begonnen auch bis in die bisher rückständigsten Gegenden hinein, das Proletariat konnte seine Presse ausbauen, und wenn auch die volle Pressefreiheit durch eine vollkommen einseitig urteilende Justiz gehemmt wird, so konnte sich doch auch die Arbeiterschaft die Ausdrucksmittel schaffen, um sowohl der eigenen Klasse die erforderliche Aufklärung über

Vorgänge und Motive des Handelns zu erteilen, wie aber auch jenen Teil der Bevölkerung die Wahrheit erfahren zu lassen, die weder zur einen noch zur anderen Klasse sich vollkommen zugehörig fühlt, darum fluktuierend ist und sich schließlich zu jener Schicht schlagen wird, bei der sie das Recht glaubt.

Jene fluktuierende Schicht aber ist sehr ausschlaggebend dafür, welche Klasse in einem Gemeinwesen das Szepter führt. Sie trägt wesentlich zur Art der Mehrheitsbildung bei und ihre Aufklärung liegt darum nicht nur im Interesse des Proletariats — mit dessen ökonomischen Interessen freilich die ihren mehr und mehr übereinstimmen —, sondern mehr noch der Herrschenden, die ja den Stimmen aus diesem Lager in erster Linie ihre Herrschaft verdanken.

So sieht sich denn das deutsche Unternehmertum wieder einmal genötigt, planmäßige Bemühungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu unternehmen; und da es ihm ja nicht darauf ankommen kann, die objektive Wahrheit zu finden und zu verbreiten, sondern da der Zweck nur der ist, klarzumachen, die verfolgten Eigeninteressen der ausbeutenden Schicht seien schlechthin identisch mit dem sogenannten vaterländischen und volkswirtschaftlichen Gemeinwohl, so wird man in der Schrift, die von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände unter dem Titel „Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber" herausgegeben wird, keine ernste wissenschaftliche Arbeit erwarten, wenn schon es in ihrer Einleitung heißt, daß es den Herausgebern „nicht auf innerpolitische Verhetzung, sondern auf Wahrheit allein" ankomme. Sie ist eine recht geschickt zusammengestellte und scheinbar sich nur auf objektive Dokumentierung stützende Tendenzschrift.

Den vorgeblichen Anlaß zu der Schrift gab die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftskrise, die allerdings zum Ziele hatte Maßnahmen der gesetzgebenden Körperschaften zur Milderung der Krise und zur ausreichenden Versorgung der durch sie erwerbs- und einkommenslos Gewordene. Und schließlich wird die wissenschaftliche Objektivität dokumentiert durch Wiederauftischen der längst von Herrn Albert Thomas selbst richtiggestellten Konstruktion, als beabsichtige das Internationale Arbeitsamt über Deutschland allein eine Art internationale sozialpolitische Kontrolle.

Aber den hauptsächlichen Punkt zum Anhaken bietet ihnen das Sachverständigengutachten und hier kommt bereits drastisch zum Ausdruck, daß es „nicht auf innerpolitische Verhetzung, sondern allein auf Wahrheit" ankommt, indem nämlich den deutschen Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht wird, daß sie der Arbeitgeberschaft vorgehalten hatten, durch niedrige Löhne ein Dumping im Export ermöglicht zu haben; „in dem Sachverständigenbericht treten die internationalen Wirkungen dieser kurzsichtigen Politik deutlich zutage". So spricht der objektive Wahrheitssucher in der Öffentlichkeit, während alle namhaften Unternehmervertreter im Reichstag für Annahme der Dawesgesetze sich ausgesprochen haben, indem sie es als einen Fortschritt gegen den status quo bezeichneten. Wenn also richtig wäre, daß dies Gutachten auf die „kurzsichtige Politik" der Gewerkschaften zurückzuführen sei und es ein Fortschritt gegenüber dem vorher bestandenen Zustand war, so hätte ja die gewerkschaftliche Kurzsichtigkeit einen günstigen Erfolg für die Gesamtheit erreicht! Aber die Sache wird sich wohl so verhalten, daß die Herren gar nicht damit rechnen, daß man ihre Haltung in

den entscheidenden Stunden der Beschlußfassung im Reichstag vergleiche mit der für die Beeinflussung der Öffentlichkeit bestimmten Seichtbeutelei; darum verfallen sie bei letzterer ganz und gar in die übelsten, gerade in Deutschland praktizierten nationalistischen Hetzmethoden, indem sie nun nachträglich eine Konstruktion versuchen, als seien die Lasten des Gutachtens nicht auf den verlorenen Krieg der Ludendorffe, sondern auf das Verhalten der Arbeiterorganisationen zurückzuführen. Und unwillkürlich muß man darum bei den zitierten und dem Ganzen vorangestellten Worten, daß es „nicht auf innerpolitische Verhetzung, sondern allein auf Wahrheit" ankomme, an das französische Sprichwort denken: „Qui s'excuse — s'accuse" (deutsch: wer sich entschuldigt, klagt sich an). Der Zweck der Denkschrift wird vollends klar und offen ausgesprochen, wenn in der Einleitung bereits die Konklusion vorangestellt wird: Die Erfüllung der Reparationen sei **unmöglich**, wenn man „durch internationale Vereinbarung noch die Möglichkeit der Produktionssteigerung durch längere Arbeitszeit nehmen sollte". Und so ist denn die Not der deutschen Arbeiterschaft beileibe nicht entstanden durch zu schlechte Entlohnung, sondern lediglich durch die „wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen der Gegner, ihrer Handelspolitik und die Wirtschaftskrise". Alles Verschulden tragen also die Gegner, auch die Mangelhaftigkeit der Betriebsführung in Deutschland, die Sabotage einer gesunden Finanzpolitik zur Verhütung des völligen Markverfalls, auch die Unterlassung des technischen Ausbaus und der Vervollkommnung der Betriebe, die ungeheure Preisübersetzung usw. Wenn aber die Notlage des deutschen Proletariats nicht auf das geringe Lohneinkommen zurückzuführen ist, meine Herren Unternehmer, dann — so könnten die ausländischen Sachverständigen nach Ihrer Argumentierung schließen — muß ja das Einkommen der deutschen Arbeiterschaft ein ganz respektables und darum noch genügend besteuerbar sein! Und damit hätten Sie wieder einmal das getan, was Sie der Gegenseite zum Vorwurf machen: Dem Ausland das Material geliefert zu der Behauptung, daß die großen Massen des deutschen Volkes noch sehr gut weitere Lasten zu tragen imstande seien!

Die gleiche Tendenz leuchtet aus dem Kapitel über die deutsche Lohnentwicklung seit Beginn der Stabilisierung hervor. Da wird denn dargestellt, daß mit der Einführung des Indexlohnes die Löhne die Tendenz der Entwicklung über den Friedenslohn hinaus gehabt hätten. Aber sie rechnen wohl mit sehr oberflächlichen Lesern ihrer Schrift und haben die Tabellen am Schluß anscheinend nur angefügt, um dadurch den Schein großer Gewissenhaftigkeit und Objektivität zu erwecken. Daß sie sich mit der Lohntabelle Seite 60 der Schrift selber Lügen strafen, das haben sie an der Arbeit ihres Wissenschaftlers gar nicht einmal bemerkt. Denn sonst hätten sie wohl feststellen müssen, wie blamabel es ist, zu behaupten, der Indexlohn habe über Friedenslöhne hinausgetrieben, zugleich aber in der Tabelle aus „Wirtschaft und Statistik" anführen müssen, daß noch Anfang Januar, also nach Ablauf der Inflationsperiode, die Löhne für gelernte Arbeiter 73,6 Prozent, für ungelernte 88 Prozent des Friedensstandes erst erreicht hatten, also selbst nach dieser eher für die Arbeiter zu ungünstigen Statistik noch nicht einmal drei Viertel des Friedensstandards betrugen! So sieht die Wahrheit dieser Unternehmerpropagandisten aus. Denn es ist wohl auch kein Zufall, daß

man es unterlassen hat, aus der Inflationszeit selbst eine Gegenüberstellung von Lohn und Lebenshaltung zu denjenigen der Friedenszeit zu geben.

Welches aber sind die Ursachen der notwendig gewordenen Lohnbewegungen der letzten Monate? Nach der Feststellung des Unternehmerskribenten ist dies — natürlich! — die Hetze der Linken, aber, dies festzuhalten ist besonders interessant, die Tatsache, daß die Reichstagswahlen vor der Türe standen und darum „selbst die bürgerlichen Parteien nicht an lohnpolitischen Versprechungen sparten". Offener und zynischer kann man allerdings nicht zum Ausdruck bringen, daß diese Versprechungen der Lohnerhöhung von den Parteien des Bürgertums ausschließlich dem Stimmenfang dienten und darum „die Rücksichtnahme auf die Stimmen der Wählermassen eine lohnpolitische Aktivität verlangte". So gering schätzt man also auf dem Propagandabüro des Unternehmertums die Arbeiterschaft ein, wirft ihr den Köder „aktiver Lohnpolitik" zurzeit hin, da man ihre Stimmen braucht, um nachher desto unverdrossener wieder den Druck ausüben zu können, nachdem sich große Wählermassen haben blenden lassen und ihren Gegner durch ihren eigenen Stimmzettel wieder zur Macht verhalfen. Aber wir müssen doch schon den Herren der Arbeitgeberverbände erklären: Wenn sie schon den Grundsatz aufstellen, daß Leistung und Gegenleistung stets in exaktem Verhältnis zueinander stehen müssen, dann sollten sie doch mit dessen Anwendung bei dem Intellektuellen beginnen, der ihnen seine geistigen Fähigkeiten gegen Entgelt vermietet hat; denn für ihre doch anzunehmende Leistung eines sehr ansehnlichen Gehalts dürfen sie in der Tat erwarten, daß ihr geistiger Klopffechter nicht **so dumm** sei, ihr ganzes Rezept zu verraten! Oder aber die Sache klärt sich dahin auf, daß das Gleichgewicht zwischen Leistung und Gegenleistung in der Tat besteht und die Lohnpolitik des Unternehmertums bereits bei der Entlohnung ihres Propagandisten sich Geltung schafft und dann stehen allerdings die geistigen Qualitäten ihres Schriftgelehrten völlig im Einklang mit der sozialen Qualifikation seiner Auftraggeber!

Insbesondere werden die hohen Einkommen der Beamten und Angestellten des Reiches kritisiert, allerdings auch hier wieder, ohne die Behauptung mit entsprechenden Ziffern zu belegen. Waren es doch gerade die Interessenvertreter der Unternehmer in der Regierung, die unter Ausschaltung der Volksvertretung auf dem Verordnungswege eine Neuregelung der Beamtengehälter in der Weise vornahmen, daß sie die schon ausreichenden Einkommen der höheren Beamten außerordentlich stark hinaufschraubten, dafür aber den Ausgleich schufen durch ganz unerhörtes Niederhalten der Einkommen der unteren und eines Teiles der mittleren Beamten. Und schließlich weiß uns der Verfasser auch zu erzählen davon, daß man in den Ländern und Gemeinden noch viel höhere Gehälter bewilligt habe. Ihm scheint demnach das Beamtensperrgesetz vollkommen unbekannt zu sein, das ja die Einheitlichkeit der Beamtenentlohnung im ganzen Reiche gewährleistet und das als logischer Ausfluß der Finanz- und Steuerzentralisation zustande kam. Auf etwas mehr oder weniger Ignoranz scheint es bei den Unternehmersöldlingen nicht anzukommen, um so mehr aber auf die Tendenz, und mit der war man zufrieden. Denn es heißt in demselben Abschnitt doch auch, daß absolut keine Veranlassung bestanden habe, die Auswirkungen des **Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft** in der Lohngestaltung zu berücksichtigen. Vor

allem habe die zu Anfang April eingetretene Erhöhung der Miete nicht den geringsten Anlaß zu einer Lohnbewegung geboten. Aber auch hier schlägt sich der Verfasser mit eigenen Waffen, denn in seiner Tabelle über die Mietsteigerungen stellt er fest, daß die Wohnungskosten von 4,7 Prozent der Friedensmiete am 26. November 1923 auf 33 Prozent der Friedensmiete am 18. Februar 1924 gestiegen waren und 55 Prozent der Friedensmiete am 14. Mai 1924 bereits betrugen. In derselben Tabelle aber heißt es, daß schon die Steigerung von Ende Februar, die bereits das Achtfache der Novembermiete erreicht hatte, „eine besondere Auswirkung auf die Lohnpolitik" nicht zeigte, das heißt also, daß diese Erhöhung der Lebenshaltungskosten in der Lohngestaltung nicht wettgemacht worden ist. Daraus also scheint gefolgert zu werden, daß, nachdem die Arbeiterschaft die bis zum Februar eingetretene Erhöhung nicht wettmachen konnte, sie ihre Duldefähigkeit hinreichend erwiesen habe, um nun auch die Erhöhung von 4,7 bis auf 55 Prozent der Friedensmiete ohne Ausgleich hinzunehmen. Dieser sonderbaren Art Logik allerdings wird weder die deutsche Arbeiterschaft noch die deutsche Öffentlichkeit dem Unternehmersöldling zu folgen vermögen; auch an dieser Stelle wieder hat er ungewollt den besten Beitrag dafür geliefert, daß die bisherige Lohnpolitik des Unternehmertums unhaltbar geworden ist, den Arbeitern und Angestellten schon ohne jeden Ausgleich zu schwere Lasten auferlegte und durch diese Schwächung der Kaufkraft des größten Teils des Volkes auch den gewerbetreibenden Mittelstand indirekt traf, dessen mangelhafte Beschäftigung großenteils auf die zu geringe Kaufkraft der proletarischen Bevölkerung zurückzuführen ist.

:::: :::: ::::

Betrachtungen zum österreich. Metallarbeiterstreik

Dr. J. Hannak (Wien)

Bei den großen Auseinandersetzungen der Klassen ist nicht immer und ausschließlich das jeweils erzielte Resultat das Wesentliche und Ausschlaggebende. Es gibt Formen von Machtkämpfen, bei denen unter Umständen die **Form** dem Inhalt an Bedeutung vorangeht, bei denen die Umstände, aus denen der Kampf entsteht und unter deren Wirken er verläuft, oft wichtiger sind als der unmittelbare Zweck des Kampfes selbst. Einen vorbildlichen Anschauungsunterricht gewährt für diese Behauptung der jüngste Metallarbeiterstreik in Österreich.

Eine Kampfhandlung in der Metallindustrie ist von Natur aus keine unbedenkliche Angelegenheit. Denn wenn es eine sogenannte „Schlüsselindustrie" gibt, von der aus sich wie aus einem Zentralnerv das gesamte Wirtschaftsleben regulieren, aber auch auflösen läßt, so ist es die Metallindustrie. Was das sehnsüchtig erträumte Ideal der Napoleons von morgen ist: durch einen Druck auf einen Taster ganze Landstriche zu veröden, in der Beherrschung der Metallindustrie ist es erreicht: alle Räder stehen still, wenn ein einziges Rädchen in den Elektrizitätswerken nicht mehr will. Es ist sonach gar keine Frage mehr, welche ungeheure Bedeutung das Funktionieren dieses heikelsten Mechanismus der Produktion für die Wohlfahrt des gesamten Gesellschaftslebens besitzt.

Viel bemerkenswerter als diese in die Augen springende Tatsache ist jedoch die Frage, wer denn dieser mächtige Beherrscher des Lebens, dieser Gebieter über Licht und Finsternis eigentlich sei. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als wären es die, denen eben die Bedienung des mächtigen Mechanismus anvertraut ist, nämlich die Metallarbeiter selbst! Und dennoch wäre dies eine grobe Täuschung, eine Täuschung, deren sich das kommunistische Schlagwort diesmal in der gewissenlosesten Weise bedient hat. Also ist es das Machtinstrument des anderen Faktors im sozialen Prozeß, des Kapitals? Das ist eine ebenso grobe Täuschung und sie wurde wieder der individualistisch bürgerlichen Auffassung zum Verhängnis. In Wahrheit ist es nämlich so: Wieviel Macht der einzelne auf dem Platz und in der Funktion, zu der er bestimmt ist, auszuüben vermag, hängt nicht oder wenigstens nicht vorwiegend von ihm, dem einzelnen ab, sondern von der Gesamtmacht des Gefüges, in welchem er ein Glied darstellt. Daß der Monteur eines Gewerks durch eine einzige Hebelbewegung eine ganze Stadt in Dunkel hüllen kann, kommt nicht daher, daß ihn der Zufall an diese empfindliche Stelle gestellt hat, sondern kommt daher, daß die gewaltige Rückendeckung einer starken Organisation hinter ihm steht. Ohne diese seine Organisation wäre der Monteur nur ein armer Wicht, den der nächstbeste Staatsanwalt ins Zuchthaus brächte. Daß aber die Organisation selbst eine so starke und aktionsfähige sei, hängt wieder erst in letzter Linie von ihrer eigenen Tüchtigkeit, in erster Linie jedoch von der Schlagfertigkeit und Machtentfaltung der gewerkschaftlichen Gesamtheit ab. Jener Monteur macht nicht Weltgeschichte in eigener Regie, er ist nicht einmal oder doch nicht ausschließlich der Repräsentant seiner Berufsorganisation, sondern er ist ein Spiralfederchen, das nur mit soviel Energie geladen sein kann, als ihm aus dem elektrischen Kraftfeld seiner Klasse zuzufließen vermag. Laßt die Arbeiterklasse eine Niederlage erleiden, und unser Monteur wird sofort spüren, wie wenig es ihm nützt, daß er sich auf das Ausschalten von Lichtleitungen versteht; laßt die Arbeiterklasse einen siegreichen Schritt vorwärts tun, und unser Monteur wird es vielleicht erst gar nicht nötig haben, seine Ausschaltkünste spielen zu lassen, weil die bloße Drohung ausreichen wird. Nicht die einzelnen und ihre individuellen Aktionen machen die Gesamtheit stark, sondern umgekehrt, die Gesamtheit macht die einzelnen stark.

Daß es um ein Gesamtschicksal geht, daß derjenige Kampfteil die Schlacht verlieren wird, der sich aus dem Zusammenhang des Ganzen loslöst, das wurde gerade im Metallarbeiterstreik sinnfällig aufgezeigt. Kommunisten und Unternehmer spekulierten in gleicher Weise, wenn auch aus entgegengesetzten Gesichtspunkten, auf die Zerreißung dieses Gesamtzusammenhanges. Rein zahlenmäßig sind ja beide eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung und daher beide auf eine typisch individualistische Denkweise und Taktik angewiesen. Sowohl die Unternehmer wie die Kommunisten wissen, daß ihre Chancen um so geringer werden, je größere Teile der Arbeiterklasse auf dem Kampffeld aufmarschieren. Das scheint bei den Unternehmern begreiflich, es von den Kommunisten zu behaupten, scheint hingegen paradox. Und doch ist eines so wahr wie das andere.

Letztes, unverrückbares Ziel der Unternehmer ist die Rückwärtsrevision der österreichischen Sozialpolitik. Zwei Jahre Genfer Diktats haben die öster-

reichischen Arbeiter in der Verteidigung ihrer sozialpolitischen Errungenschaften nicht mürbe gemacht, dieser seit 1918 wuchtigste Angriff des Kapitals auf die gesamte Front der Arbeiterklasse ist bisher siegreich abgewiesen worden. Da es also mit dem frontalen Durchstoßen nicht geht, versuchen es die Strategen des Kapitals neuestens wieder mit der Umzingelung einzelner Abteilungen des Klassenheeres. So war auch die diesmalige Lohnbewegung der Metallarbeiter für die Unternehmer nur ein Anlaß, ein reines Lohnproblem durch die Verquickung mit unannehmbaren sozialpolitischen Forderungen noch komplizierter zu machen, als es ohnedies schon ist. Abbau des Achtstundentags, nicht mehr und nicht weniger heischten die Metallindustriellen, ehe sie überhaupt in Lohnverhandlungen eingehen wollten. Sie rechneten mit dem dumpfen Druck, den die Industriekrise auf die Massen ausübt, sie rechneten mit der Sicherheit, daß keine Arbeiterschicht in der jetzigen bedrohlichen Wirtschaftssituation besondere Lust empfände, den kämpfenden Metallarbeitern beizuspringen, und daß namentlich die Metallarbeiter selber in der Not und dem Elend der Zeit „mit sich reden" lassen würden. Die Industriellen haben sich verrechnet, sie haben jenes oben erörterte einfache Grundgesetz übersehen, daß es die Kategorien der **Gesamtheit** sind, die von jedem kleinen Metalldreher oder -Gießer genau so verkörpert werden wie von einer Massendemonstration und daß, weil der einzelne nur das ausübende Organ einer übergeordneten sozialen Kategorie ist, es keinen Kampf mit einzelnen, sondern nur noch Kampf mit sozialen Kategorien gibt und jeder Angriff auf die Gerechtsame, die der einzelne im Namen seiner Klasse ausübt, als Angriff auf die Klasse selbst empfunden und von dieser mit aller Kampfesenergie zurückgewiesen wird. Einen Tag nach der kecken Forderung der Unternehmer gab ihnen die **Gewerkschaftskommission** die Antwort: Wenn ihr aus einem Lohnkampf einen Kampf um die Sozialpolitik machen wollt, werdet ihr es nicht mit den Metallarbeitern allein zu tun haben, gebt euch darüber keiner Täuschung hin! Die klare Sprache der Gewerkschaftskommission erfüllte ihren Zweck: im nächsten Communiqué der Unternehmer war vom Achtstundentag und Beseitigung der Überstundenentlohnung nicht mehr die Rede. **Die Gesamtheit der Arbeiterklasse war es, welche den Metallarbeitern Macht und Sieg verliehen hatte.**

Damit war der Konflikt auf das reine Lohngebiet geführt und zunächst wieder nur eine strittige Angelegenheit von Metallarbeitern und Metallindustriellen. Da die Arbeiter seit November vorigen Jahres keine Lohnerhöhung mehr erhalten haben, obwohl der Index der Lebenshaltungskosten seither um mehr als 20 Prozent gestiegen ist, waren die Lohnforderungen — durchschnittlich 15 Prozent — durchaus berechtigt und selbst von den Unternehmern im Rechtsgrunde nicht bestritten. Daß nebenher auch das Verlangen des Metallarbeiterverbandes nach einer neuen Kollektivvertragsgemeinschaft lief, ist zwar ein eigenes interessantes Kapitel für sich, soll aber hier übergangen werden. Das Wesentliche, alles andere in seinen düsteren Schatten Stellende ist die schwere Depression des Wirtschaftsmarktes. Trotz gesteigerter Bautätigkeit der Gemeinde Wien sind die Arbeitslosenziffern heuer schon in einem viel früheren Zeitpunkt wieder im Steigen begriffen als vergangenes Jahr. Die würgende Kapitalsnot, der fürchterlich hohe Zinsfuß, die durch den neuesten Genfer Pakt noch festere Knebelung der staat-

lichen Investitionstätigkeit und sozialen Wirkungsmöglichkeit lassen die nächsten Aussichten der Industrie durchaus nicht rosig erscheinen und unsere drückende Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital, das in Form unserer Verschuldung den größten Teil des Mehrwerts an sich reißt, zieht dem Erfolgscharakter der gewerkschaftlichen Aktion derzeit leider allzu enge Grenzen. In so trüben Baissezeiten dem österreichischen Unternehmertum, das ein paar Tage vorher noch mit den ausschweifendsten Plänen zur Niederkämpfung der Sozialpolitik schwanger ging, 10 Prozent Lohnerhöhung — für die Mindestlöhne sogar 20 Prozent — abgetrotzt zu haben, **bleibt ein Ruhmesblatt des Österreichischen Metallarbeiterverbandes.**

Hier nun ist der Ort, wo der Kommunisten zu gedenken ist. Wir haben vorhin davon gesprochen, daß auch die Kommunisten genau so wie die Unternehmer mit einer individualistischen, die Arbeiterbewegung atomisierenden Taktik arbeiten. Dem widerspricht scheinbar der Umstand, daß die Kommunisten bei jeder geringfügigen Angelegenheit gleich nach Massenaufmarsch und Generalstreik schreien, also, wie sie sagen können, doch ganz im Gegenteil die Gesamtheit mobilisieren wollen und daher unmöglich „Atomisten" sein können. Das ist aber nur ein sehr durchsichtiger Schein. In der Kategorie der Gesamtheit denken, heißt auch und vor allem die Kräfte der Gesamtheit richtig abschätzen. Das tun die Kommunisten nicht, sie sind blind für die Schranken der Kraft. Sie pulvern in ein Teilganzes der Arbeiterklasse alle die motorischen Energien hinein, die der Gesamtbewegung angeblich fehlen, und wollen durch die Bewegung des Teiles das Ganze vorwärts treiben. Deshalb rufen sie wohl: Massenaktion, in praxi aber würden sie sich damit begnügen, wenn ein paar Elektrizitätsarbeiter auf eigene Faust das Licht auslöschten und die Telegraphendrähte durchschnitten. Zehntausende und Hunderttausende Proletarier würden dann, ohne daß man sie gefragt hat, ihre Arbeitsstellen verlassen müssen, in Finsternis hausen, kein Brot aus den des elektrischen Stroms beraubten Bäckereien erhalten, kein Wasser, keine Straßenbahn; mit einem Wort, der Generalstreik und die Generalnot wären da und die Kommunisten hätten die „Massenaktion", wie sie sich sie vorstellen, nämlich die „Massenaktion", die Despoten ihren Sklaven auferlegen. Doch freie Gewerkschaften stellen sich unter Massenaktion etwas anderes vor. Es muß die Aktion sein, die die Massen freiwillig, in voller Entschlußfähigkeit, nach reiflicher Prüfung dessen, was eine solche Aktion an schicksalsschweren Dingen bedeutet, **beschlossen, selber gewollt haben.** Wir leugnen nicht, daß eine solche Situation eintreten kann und in der Geschichte der Arbeiterbewegung schon öfter eingetreten ist. Aber solches zu tun bloß deshalb, weil die Lizitiermethoden der Kommunisten behaupten: nein, nicht 10 Prozent, sondern 15 Prozent Lohnerhöhung müssen es sein — und wären es 15 Prozent gewesen, so hätten sie 20 verlangt —, so überaus leichtfertig zu handeln, vermögen anständige wohlmeinende Berater des Proletariats nicht! So ist denn die individualistische und gänzlich unsozialistische Tendenz der übrigens von deutschen Putschisten aus ihrer „Schlappheit" aufgepeitschten österreichischen Kommunisten in der Tat nicht anders zu werten als die Taktik der Unternehmer. Sie wollten eine Kluft zwischen Metallarbeitern und dem übrigen Proletariat, sie wollten, was sie an der breiten Front der gesamten Arbeiterschaft nicht vermögen, durch einen Flankenangriff auf den Metall-

arbeiterverband erreichen. Sie haben ebensowenig Glück gehabt wie die Unternehmer. Als die Unternehmer durch ihren sozialpolitischen Schlachtruf die Metallarbeiter vergewaltigen wollten, stand die gesamte Arbeiterklasse zum Schutz ihrer Brüder auf; als die Kommunisten durch die Generalstreikparole die gesamte Arbeiterklasse vergewaltigen wollten, standen die Metallarbeiter in Solidarität zu ihrer Klasse und haben sich nicht auf die schiefe Bahn des Verderbens locken lassen. Die Macht des österreichischen Proletariats ist fest gegründet, weil seine soziale Kategorie allen Anfechtungen von rechts und links sieghaft widersteht. Das ist die wertvollste Lehre des jüngsten Metallarbeiterstreiks.

:::: :::: ::::

Gesundungskrise oder —?

F. Petrich (Gera-R.)

IV. Theoretische Schlußfolgerungen.

Die Frage, welche theoretischen — und selbstverständlich auch praktischen! — Folgerungen aus diesem ökonomischen Krisenbefund zu ziehen sind, ist von ebenso außerordentlicher Bedeutung, wie sie schwer zu beantworten ist. Vor dem Kriege, als sich ein völlig klarer Überblick über Ablauf und Wesen der Krise bot, gingen die Krisentheorien schon sehr weit auseinander. Selbst die Marxsche Krisentheorie rief, wie einerseits Hilferdings bahnbrechendes „Finanzkapital" und anderseits Rosa Luxemburgs scharfsinnige Streitschrift über die „Akkumulation des Kapitals" zeigen, die leidenschaftlichsten Diskussionen hervor. Nach dem Kriege haben sich die Gegensätze theoretisch und praktisch noch verschärft. Seltsamerweise war man nach Kriegsbeendigung, da alles auf dem Kopfe stand, nicht nur im bürgerlichen, sondern auch im sozialistischen Lager geneigt, die Marxsche Krisentheorie endgültig zum alten Eisen zu werfen. Aber wie in allen anderen Punkten die Marxkritiker und Marxüberwinder scheiterten, so auch hier. Ballod hat in der zweiten Auflage seines „Zukunftsstaat" die Stürmer wider die Marxsche Krisentheorie mit folgenden treffenden Sätzen abgefertigt:

„Bürgerliche Nationalökonomen wiesen mit besonderem Stolz darauf hin, daß die Wirtschaftskrisen nicht, wie Marx es erwartet hätte, immer schlimmer geworden wären, sondern daß sie im Gegenteil sich immer mehr abgeschwächt hätten. Ja doch — bis die aufgespeicherten, zur Krisis hindrängenden Kräfte sich in der furchtbarsten Krisis der Weltgeschichte, in dem Weltkrieg, Luft machten, der doch gerade von den bürgerlichen Nationalökonomen als ein Wirtschaftskrieg im eigentlichen Sinne des Wortes hingestellt wird, und der weit, weit mehr Werte vernichtet hat als alle vorangehenden Wirtschaftskrisen. Und wie wird es denn in Zukunft werden? Werden da die Wirtschaftskrisen wirklich ein überwundener Standpunkt sein? Das ist ja ganz unmöglich. Solange der Kapitalismus das Heft in der Hand behält, gehören Krisen zu seinem Inbegriff und Inventar. Höchstens daß an Stelle der akuten Krisen mitunter langandauernde „Baisse"- (Niedergangs-) Perioden treten können."

Diese grundsätzlichen Bemerkungen zur Krisenfrage sind vollkommen richtig. Wir haben sie an die Spitze unserer Ausführungen gesetzt, weil gegenwärtig, wie wir noch sehen werden, die Auseinandersetzungen nicht mehr darum gehen, ob wir eine Krise haben und wie weit die Krisentheorie

berechtigt ist, sondern darum, in welchem Maße der Weltkrieg zu Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft und zu einem veränderten Krisenablauf führte.

Ähnlich wie Ballod, wenn auch im einzelnen stark abweichend, urteilt Kautsky über Krisen und Krisentheorie. In seinem bekannten Buch „Die proletarische Revolution und ihr Programm" führt er nach einer kurzen Skizzierung der Geschichte der Krisen über die neue Lage folgendes aus:

„Seitdem ist der furchtbarste aller Kriege gekommen und hat alle ökonomischen Gesetze und Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Es wird noch einige Zeit dauern, bis sie wieder zu völlig normalem Funktionieren gelangen. Es ist unmöglich, heute schon zu erkennen, welch Formen künftighin der Wechsel zwischen Prosperität und Krise nehmen wird. Aber eines kann man mit Sicherheit sagen: Dieses Wechselspiel ist heute noch ebenso sehr im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet, wie vor Jahrzehnten."

Noch einmal auf die veränderten Verhältnisse eingehend, sagt Kautsky: „Diese gestatten uns augenblicklich noch keinerlei Voraussicht über die Formen, die Intensität, die Zeitdauer der kommenden Krisen und ihres Zyklus." Und als vorsichtig revidierender Theoretiker schließt Kautsky weiter: „Der Krisenpassus (im neuen Programm) muß demnach auf bescheidenere Dimensionen (als im Erfurter Programm) reduziert werden. Aber auch seine programmatische Bedeutung müssen wir einschränken." Bei aller grundsätzlichen Anerkennung der Wirtschaftskrisen für die proletarische Bewegung macht Kautsky gegen früher ganz wesentliche Einschränkungen. Ob zu dieser Einschränkung genügend Anlaß vorhanden ist, möchten wir füglich bezweifeln, denn es kommt wohl weniger darauf an, die neuen Gesetze der Wirtschaftskrise erst kennen zu lernen, als vielmehr auf die nackte Tatsache ihres Vorhandenseins, die für die proletarische Bewegung unendlich viel bedeutet.

Es ist in dem Jahrfünft nach dem Kriege zweifellos ein empfindlicher Mangel der marxistischen Theorie gewesen, daß sie das Krisenproblem allzu sehr vernachlässigte. Mag immerhin die allgemeine Gärung, der Übergangscharakter der neuen Zeit die Untersuchung erschwert haben, das rechtfertigt noch keineswegs das vollständige Außerachtlassen und Beiseiteschieben des Problems. Uns scheint hier eine gefährliche Unterschätzung der ökonomischen Krisenfrage für die internationale Arbeiterbewegung vorzuliegen, wie die Bolschewisten in den entgegengesetzten Fehler verfielen, die Krise des Kapitalismus zu überschätzen, weil ihre Weltrevolutionsromantik es erforderte. Diesem Übelstande wird jetzt wenigstens zum Teil abgeholfen durch die Erneuerung und Weiterführung der Marxschen Krisentheorie in dem auch sonst sehr wertvollen Sammelwerk, das soeben zum 70. Geburtstage von Karl Kautsky erscheint.* Genosse Leichter unterzieht sich der ebenso schwierigen wie dankenswerten Aufgabe, die Richtigkeit der Marxschen Krisentheorie an der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zu erproben. Hierbei scheint uns der

* **„Der lebendige Marxismus".** Herausgegeben anläßlich des 70. Geburtstages von Karl Kautsky. Mit Beiträgen von 21 namhaften Genossen und Genossinnen des In- und Auslandes. Redaktionsleitung: O. Jenssen. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, Jena. Für unsere besonderen Zwecke maßgebend sind die beiden Arbeiten von Dr. Otto Leichter: „Zur Analyse der Weltwirtschaftskrise" und S. de Wolff: „Prosperitäts- und Depressionskrisen".

Autor nun mehr beweisen zu wollen, als sich schlechterdings überhaupt beweisen läßt, nämlich, daß der Weltkrieg eine wesentliche Veränderung in der kapitalistischen Weltwirtschaft und somit im Charakter und Verlauf der Wirtschaftskrise nicht gebracht habe. Man vergleiche damit die Zurückhaltung, die Kautsky den neuen Erscheinungen gegenüber beobachtet. Die Beweisführung Leichters ist etwa folgende: Nach einer gedrängten, durchaus richtigen Darstellung der marxistischen Krisentheorie bemüht er sich um den Nachweis, daß es eine irrige Auffassung ist, daß der Krieg zu einer Verarmung der Wirtschaft geführt habe, wodurch vielleicht für Jahrzehnte eine Unterbrechung jener Entwicklung des Kapitalismus eingetreten sei, wie sie in der Marx-Engelsschen Krisen- und Konzentrationstheorie vorausgesagt wurde. Es habe sich nach kurzer Zeit gezeigt, daß der Krieg den kapitalistischen Produktionsapparat nicht einengte, sondern im Gegenteil erweiterte, daß die Reproduktion des Kapitals, die ernsthaft in Frage gestellt wurde, nicht gefährdet war, daß endlich Akkumulation des Kapitals gerade während des Krieges in beschleunigtem Tempo vor sich ging. Leichter glaubt sich in diesem Punkte in Übereinstimmung mit Rosa Luxemburg zu befinden, die im Schlußkapitel ihres schon genannten Buches den Militarismus als Gebiet der Kapitalsakkumulation besonders behandelt; allerdings findet es Leichter verwunderlich, warum Rosa Luxemburg in ihrer außerordentlich scharf gehaltenen Kritik ihrer Kritiker diesen Gedanken nicht weiter entwickelte; wir werden sehen, aus welchem Grunde das unterblieb. Ausgehend von diesen Erwägungen, kommt Leichter dann zu folgenden Schlußfolgerungen: „Von diesem Blickpunkt aus gewinnt die Produktion für den Krieg zu Zerstörungszwecken, die Produktion von Waren, die den denkbar raschesten Verschleiß haben, deren Bestimmung es ist, nicht nur selbst möglichst rasch zu verschleißen, sondern auch den Verschleiß anderer Waren herbeizuführen, eine ganz neue Seite: **Es wurden Gegenstände von ungleich kürzerer Lebensdauer produziert als sonst in diesen Industriesphären mit langsam verschleißenden Produkten, das bedeutet erhöhte Beschäftigung und infolge der wachsenden Ausdehnung des Krieges verstärkte Akkumulation.**“ Weiter spricht Leichter davon, daß „man sich durch den Krieg einen ganz **neuartigen Absatz** verschafft hat. So irrt man wohl kaum, wenn man von einer allgemeinen Ausdehnung des kapitalistischen Produktionsapparates während des Krieges spricht.“ Das in aller Kürze das Urteil des Genossen Leichter über die Folgen des Krieges auf die kapitalistische Wirtschaft. Der ganze übrige Teil seiner Arbeit ist der eingehenden Begründung dieser Auffassung gewidmet.

Was ist dazu zu sagen? Zunächst das Zustimmende. Es kann als vollkommen durch die Entwicklung überholt angesehen werden, daß der Krieg die Reproduktion des Kapitalismus unmöglich gemacht habe. Die Reproduktion geht zweifellos weiter vor sich, wenn auch unter wesentlich veränderten Bedingungen, und da ergeben sich eine Reihe äußerst wichtiger Momente, die zum entschiedenen Einspruch gegen Leichters Theorie veranlassen. Schon seine Methode zwingt dazu. Anstatt die revolutionäre Marxsche Methode auf die neue weltwirtschaftliche Situation konsequent anzuwenden, die in den letzten zehn Jahren eingetretenen Veränderungen konkret festzustellen, verfährt Leichter umgekehrt, er interpretiert die gegenwärtige ökonomische Weltlage so, **daß sie mit der Marxschen Krisen- und Konzentrationstheorie in Einklang**

kommt. Das aber ist unzulässig. Wäre es richtig, daß der Krieg, gleichviel welchen Umfang und welche Dauer er hat, in zunehmendem Maße zur Kapitalsakkumulation führt, nun, dann wäre der Krieg in Permanenz das beste Geschäft für den Kapitalismus. So einfach aber liegen die Dinge nicht. Leichter hätte, um diese Kernfrage des gegenwärtigen Krisenproblems völlig klarzustellen, unterscheiden müssen zwischen der **Akkumulation von Kapital und der Akkumulation von gesellschaftlichem Reichtum.** Es ist das Verdienst von Varga, auf diesen grundlegenden Unterschied in seiner neuesten Schrift über die Krisenfrage* eindringlich aufmerksam gemacht zu haben. Die Akkumulation von Kapital hat zweifelsohne in gesteigertem Maße stattgefunden. Die Kapitalskonzentration in Europa mit ihren folgenschweren Konsequenzen für die Arbeiterklasse, wie sie Edo Fimmen in seinem vortrefflichen Buch nachgewiesen hat, beweist das zur Genüge. Noch stärker tritt der intensivierte Akkumulationsprozeß in Amerika in die Erscheinung. Eine andere Frage ist, ob in der Kriegszeit eine Akkumulation gesellschaftlichen Reichtums stattfand. Für Amerika, den Generalnutznießer des Weltkrieges, kann diese Frage noch mit einem klaren Ja beantwortet werden, hingegen gilt für Europa ein ebenso entschiedenes Nein. Europa ist durch die grandiosen fünfjährigen Zerstörungen und die hemmungslose Kapitalsakkumulation einer relativ schmalen Produzenten- und Händlerschicht für lange Zeit verarmt. In dem gleichen Maße, wie die Volkswirtschaft auf Kriegswirtschaft umgestellt wurde und für die Zerstörung produzierte und zugleich das Kapital eine erhöhte Profitrate an sich riß, verminderte sich der gesellschaftliche Reichtum. Staat und Konsumenten hatten die Kosten zu tragen, die breiten Schichten des kleinbürgerlichen Mittelstandes wurden buchstäblich enteignet. Das sind aber Vorgänge, die sich nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch weltwirtschaftlich auswirken, indem sie insbesondere die Absatzschwierigkeiten außerordentlich vermehren und somit krisenverschärfend wirken. Es ist uns unverständlich, wie Leichter das übersehen konnte. Ein Blick auf die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Weltprobleme läßt überall unschwer die entscheidenden Spuren des Weltkrieges erkennen. Die Währungs- und Reparationskrise, was ist sie weiter als die direkte Folge der Weltkriegszerrüttungen? Verschärfen ihre Rückwirkungen nicht die Wirtschaftskrise ganz ungemein? Mit der „kürzeren Lebensdauer" der für den Weltkrieg produzierten Waren und ihrem „neuartigen Absatz" hat es also seine besondere Bewandtnis. Diese jahrelang massenhaft lediglich für die Zerstörung erzeugten Waren bedeuten einen absoluten gesellschaftlichen Wertverlust, für den kein Aquivalent geboten wird. Diese Zerstörungswirtschaft konnte nicht

---

* **E. Varga:** „Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus?" Verlag C. Hoym, Hamburg 1924. 86 Seiten. Es ist dies die dritte Krisenschrift Vargas. Vorher erschienen in dem gleichen Verlag: „Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft" und „Die Niedergangsperiode des Kapitalismus". Die Schwäche Vargas ist, daß er von vornherein auf einen bestimmten Zweck hinarbeitet, daß er im Auftrage der bolschewistischen Internationale in jedem Jahr den ökonomischen Nachweis der Möglichkeit und Richtigkeit der Weltrevolution zu erbringen hat. Das beeinträchtigt seine Untersuchungen leider sehr stark, vermindert ihre Objektivität und Gründlichkeit. Dennoch enthalten die Schriften Vargas auch für den, der ihre Grundtendenz ablehnt, nicht nur eine Fülle Material, sondern auch eine Reihe wertvoller theoretischer Gesichtspunkte. So möchten wir zu der Arbeit von Leichter als Ergänzung geradezu die Vargasche Schrift empfehlen.

spurlos an der Ökonomie vorübergehen, und sie ist es nicht, wie wir an einigen drastischen Beispielen gesehen haben.

Nun beruft sich Leichter für die Richtigkeit seiner Auffassung auf Rosa Luxemburg. Ganz zu Unrecht. Luxemburg befaßt sich im Schlußkapitel ihres Buches mit dem Militarismus als Gebiet der Kapitalsakkumulation, nicht aber mit dem Krieg und am allerwenigsten mit dem Weltkrieg. Sie hatte bei ihrer Darstellung in der Hauptsache das imperialistisch-militaristische Wettrüsten der Vorkriegszeit im Auge. Für den Fall des großen imperialistischen Gewaltausbruchs eröffneten sich für sie als geschulte revolutionäre Dialektikerin ganz andere Perspektiven als die weitere ungestörte Fortsetzung der Kapitalsakkumulation. Sie schreibt (Seite 445):

„Je gewalttätiger das Kapital vermittelst des Militarismus draußen in der Welt wie bei sich daheim mit der Existenz nichtkapitalistischer Schichten aufräumt und die Existenzbedingungen aller arbeitenden Schichten herabdrückt, um so mehr verwandelt sich die Tagesgeschichte der Kapitalsakkumulation auf der Weltbühne in eine fortlaufende Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen, die zusammen mit den periodischen wirtschaftlichen Katastrophen in Gestalt der Krisen die Fortsetzung der Akkumulation zur Unmöglichkeit, die Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit machen werden, selbst ehe sie noch ökonomisch auf ihre natürliche selbstgeschaffene Schranke gestoßen ist."

Wir meinen, das ist für den Fall des Weltkrieges das gerade Gegenteil von Fortsetzung der Kapitalsakkumulation. Wenn nun auch die Luxemburgsche Prophezeiung nicht eingetroffen ist — bisher wenigstens nicht —, so ist es doch vollkommen falsch, sie als Kronzeugin dafür aufzurufen, daß der Weltkrieg nur die Kapitalsakkumulation schlechthin zur Folge gehabt habe. Deshalb wird es Rosa Luxemburg in ihrer mitten im Kriege geschriebenen Antikritik wohl auch absichtlich unterlassen haben, auf die noch in stürmischem Fluß befindlichen Veränderungen in den Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft mit theoretischen Untersuchungen einzugreifen. Zumindest aber ist es notwendig, um den ökonomischen Gesamtkomplex zu begreifen, daß, wenn von Kapitalsakkumulation während des Krieges die Rede ist, der absolute Rückgang des gesellschaftlichen Reichtums in den Vordergrund gestellt wird. Sonst könnte es doch noch heißen, der Krieg sei der Vater aller Dinge, er mache die Nationen nicht ärmer, sondern reicher.

Es ist höchst merkwürdig, wie Leichter zu dieser von uns kritisierten Auffassung kommt, denn gleich darauf geht er selbst dazu über, wichtige Veränderungen, die der Weltkrieg in der kapitalistischen Weltwirtschaft hervorrief, eingehend zu behandeln. An erster Stelle steht das empfindlich gestörte Gleichgewicht zwischen den Produktions- und Konsumtionsmittelindustrien. Durch unsere vorstehenden Ausführungen wurde bereits dargetan, welche tiefgehenden volks- und weltwirtschaftlichen Wirkungen diese ökonomische Kriegsfolge hatte. Das Übergewicht der Produktionsmittelindustrien ist nun nach Leichter und auch nach Hilferding, der es noch stärker betont („Die Gesellschaft" Nr. 1 S. 9 und Nr. 2 S. 118), zwar eine bedeutungsvolle Krisenursache, es soll aber zugleich die Möglichkeit schnellerer Überwindung der Krise in sich bergen. Das träfe zu, wenn die kapitalistische Wirtschaft nicht planlos, anarchisch wäre. Da wir aber mit dieser Eigenschaft des Kapitalismus heute mehr denn je zu rechnen haben, steht absolut fest, daß die er-

weitere Produktionskapazität bei gleichzeitiger Verkümmerung der Konsumtionsmittelindustrien wie überhaupt bei anhaltender Schwächung der Kaufkraft aller Absatzmärkte der Welt infolge des erhöhten Ausbeutungsgrades der Arbeit **das Absatzproblem** zum entscheidenden Kriterium der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden wird. Tatsächlich ist es heute schon so. Der auf dem ganzen Erdenrund eröffnete heftige Zollkrieg redet eine deutliche Sprache. Leichter sieht in seinen Schlußfolgerungen diese Perspektiven freilich auch. Wer die wirklichen Widersprüche in der kapitalistischen Produktionsweise objektiv sieht, kann zu keinem andern Resultat gelangen. Leichter stellt weiter fest das gestörte Gleichgewicht zwischen industrieller und agrarischer Produktion, er sieht die Überflügelung der Industrie Europas durch die amerikanische Industrie, er sieht weiter die zerstörten Märkte Mittel- und Osteuropas, er sieht schließlich die Zerrüttung der Weltwährungen mit ihrem unheilvollen Einfluß auf die Preisbildung auf dem Weltmarkte: lauter sehr wichtige Momente, die den geradezu verheerenden Einfluß des Weltkrieges auf die Weltwirtschaft beweisen. Leichters äußerst ideenreiche, durch viel wertvolles Material gestützte Arbeit regt zur Durchdenkung des ganzen Krisenproblems an.

Die nicht weniger gehaltvolle Schrift des Krisentheoretikers der 3. Internationale, Eugen Varga, krankt, wie gesagt, an dem Grundfehler, Unmögliches beweisen zu wollen: die bolschewistische Taktik der siegreichen Weltrevolution aus dem Charakter der Weltwirtschaftskrise zu beweisen. Die Resultate werden praktisch und theoretisch immer bescheidener, da sich die Weltwirklichkeit nicht nach vorgefaßten Plänen richtet. Zur europäischen Lage sagt Varga:

„Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus birgt — obwohl die allgemeine Rebellionsstimmung des Proletariats wie unmittelbar nach Kriegsende nicht mehr vorhanden ist — in Europa gute Möglichkeiten einer erfolgreichen Revolution. Ob diese Möglichkeit wird, hängt von dem Verhalten des Proletariats und seiner revolutionären Vortruppe, der kommunistischen Partei ab. Es gibt keine ökonomische Situation, die einen Sieg des Proletariats ohne langandauernde, zähe, opferreiche Kämpfe garantieren würde. Und es gibt für die Bourgeoisie keine absolut ausweglosen Situationen."

Seltsames Ideengemisch. Erst die Illusionen, hinterher die nüchterne Einsicht. Für einen bolschewistischen Theoretiker klingt das Ganze aber verflucht gescheit, skeptisch. Ähnliche Folgerungen zieht Varga aus der Weltlage. Aber wer sich mit der Frage der Weltwirtschaftskrise eingehend befassen will, kann an der Schrift Vargas unmöglich vorübergehen. Ihre Schiefheiten sind ebenso interessant wie ihre zahlreichen zutreffenden Feststellungen.

Von ganz besonderem Reiz ist die in der Geburtstagsgabe für Kautsky enthaltene Krisenarbeit des holländischen Genossen S. de Wolff. Er beschränkt sich nicht darauf, aus der Geschichte der Krisen deren zyklische Aufeinanderfolge zu erforschen, wie es bisher in der Regel üblich war. „Der theoretische Fortschritt auf diesem Gebiet", führt Wolff aus, „ist in den letzten Jahren ein solcher gewesen, daß man eingesehen hat, daß die Schwankungen nicht völlig durch den einfachen Zyklus erklärt werden können, sondern daß man eine Doppelperiodizität annehmen muß". Was ist darunter zu verstehen? Parvus, der in seinen Schriften „Handelskrise und Gewerkschaften" (erschienen 1901) und „Die kapitalistische Produktion und das Proletariat" (er-

schienen 1908) diesen Gedanken zuerst vertreten hat, sagt, daß es „Perioden einer langsameren und einer schnelleren Entwicklung der kapitalistischen Weltproduktion" gebe. Es kommt darauf an, diese Perioden geschichtlich zu ermitteln und ihre Bedeutung zu bestimmen. So ist man zu dem Begriff der „Ebbe- und Springflutperioden" gelangt, deren jede ihre besonderen Eigentümlichkeiten hat. Mit Hilfe der Sauerbeckschen Indexzahlen glaubt Wolff feststellen zu können, „daß in der Springflutperiode die Preise im allgemeinen immerfort steigen, in der Ebbeperiode immerfort fallen". Es würde zu weit führen, wollten wir auf die recht komplizierten Einzelheiten dieser außerordentlich interessanten Theorie eingehen, die allerdings auch infolge ihres summarischen Verfahrens starke konstruktive Merkmale aufweist. Aber sie ist unzweifelhaft der einzige ernste Versuch, die Marxsche Krisentheorie weiter auszugestalten und ihre Resultate direkt der Arbeiterbewegung nutzbar zu machen. Das ergibt sich insbesondere aus den Wolffschen Schlußfolgerungen. Springflutperioden zeichnen sich aus durch relativ geringe Arbeitslosigkeit, hohe Preise und reformistische Tendenzen in der Arbeiterbewegung (1850 bis 1873 und 1896 bis 1913) Ebbeperioden erhalten ihre besondere Charakteristik durch starke chronische Arbeitslosigkeit, sinkende Preise, Verschärfung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe (1826 bis 1850 und 1874 bis 1895). „Durch genaue Kenntnis dieser periodischen Bewegungen — Wolff ist der Meinung, daß wir uns gegenwärtig in einer Ebbe- und deshalb in einer „revolutionären" Periode befinden — können wir die Zukunft einigermaßen prophezeien, dadurch unseren heutigen Taktikdebatten eine wissenschaftliche Basis geben. Der enge Zusammenhang für die Sozialdemokratie zwischen Theorie und Praxis ist hier wiederum klar". Wir möchten hinzufügen: für die gesamte Arbeiterbewegung. Jedenfalls wird es notwendig sein, sich mit den Perspektiven, die Wolff zeigt, noch weiter auseinanderzusetzen. Versuchen wir, die Resultate unserer Gesamtbetrachtung zusammenzufassen:

1. Jede Krise des Kapitalismus hat ihre tiefsten Ursachen in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung selbst, in ihrem planlosen Aufbau trotz aller Kartelle, Trusts und Konzerne, in der Anarchie ihrer Produktion, die fortgesetzt das notwendige Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum stört, die sich selbst im ärgsten Krisenzustande infolge ihres schroffen Profitcharakters nicht zur Befriedigung vorhandener gesellschaftlicher Bedürfnisse aufschwingen kann.
2. Es ist sicherlich nur ein Wortstreit, ob zwischen „Krieg und Krise" oder zwischen „Krise und Krieg" innere Zusammenhänge bestehen. Der zum Imperialismus ausgewachsene Industrie- und Finanzkapitalismus hat gewiß zum Kriege geführt, aber einmal in Gang gekommen, nahezu fünf Jahre getobt, dann weitere fünf Jahre „mit anderen Mitteln" geführt, hat der Weltkrieg die Struktur der Weltwirtschaft gründlich verändert, hat demzufolge auch der Krise einen besonderen Stempel aufgedrückt.
3. Der Weltkrieg hat in Europa unermeßliche gesellschaftliche Werte zerstört, das Proletariat verelendet, den gesamten Mittelstand proletarisiert, die Staatsfinanzen und im weiteren Verlauf die Währungen zerrüttet. Die Produktion von Konsumgütern schrumpfte infolgedessen zusammen, während zu gleicher Zeit der Produktionsapparat erweitert wurde, zunächst für die Kriegswirtschaft, später aber auch für die Friedensproduktion. Der Gegensatz zwischen Produktion und Verbrauch erreichte eine außerordentliche Schärfe.
4. Diese Lage hat infolge des großkapitalistischen Übergewichts den Akkumulations- und Konzentrationsprozeß ungewöhnlich beschleunigt — diese Tendenz wird weiter anhalten.

5. Durch die beispiellose industrielle und finanzielle Erstarkung Amerikas und die Eröffnung umfangreicher industrieller Produktionsstätten in bisherigen Rohstoffländern ist das weltwirtschaftliche Kräfteverhältnis von Grund auf zuungunsten Europas verschoben.

6. Wohl hat der kapitalistische Produktionsapparat, wohl hat die Produktivität der Arbeit den Vorkriegsstand wieder erreicht, zum Teil sogar überschritten, aber der heftige Zollkrieg, der auf dem ganzen Erdenrund entbrannt ist, zeigt, daß die Absatzfrage heute für den Kapitalismus schwieriger denn je ist — daß die Absatzfrage, die in ihrer Rückwirkung das Akkumulations- und Reproduktionsproblem aufrollt, die entscheidende Frage der kapitalistischen Wirtschaft werden wird. Die nächste Zeit wird Kämpfe von nie erlebter Schärfe um Märkte, Kapitalanlagemöglichkeiten und Ausbeutungsgebiete bringen. Ob mit den Mitteln des „friedlichen Imperialismus" geführt — wer will es voraussagen? Die Erfahrung spricht jedenfalls dagegen. Die bisherigen Erfahrungen aus den imperialistischen Wirtschaftskämpfen auf die Gegenwart angewandt, lehren, daß die Ära der Krisen, Kriege und Katastrophen noch keineswegs abgeschlossen ist.

Für die internationale proletarische Bewegung folgt daraus die Notwendigkeit, daß sie die inneren Zusammenhänge der neuen Situation erkennen und die Kraft und Entschlossenheit zum zielklaren sozialistischen Handeln aufbringen muß.

:::: :::: ::::

Zur Lage in der Industrie

Fritz König (Stuttgart)

II. Rundschau.

Die deutsche Industrie genoß von jeher in überreichem Maße den Schutz des Staates, dessen Wohl und Ansehen sie oft zum Dank dafür in rücksichtslosester Weise den eigenen Interessen unterordnete. Ließ das Unternehmertum das bekannte Lied von der „Notlage der deutschen Industrie" ertönen, dann half der gute Vater Staat — sei es durch eine schwachsinnige Kredit- und Steuerpolitik oder durch verewigte „Notverordnungen". Und der Erfolg? Wir haben es erlebt, daß die Großindustrie mit erbarmenswürdiger Miene den Klingelbeutel schwang, um dann mit dem erbettelten Gelde Staat und Volk zu expropriieren. **Nie ward es offenkundiger als in gegenwärtiger Zeit, daß sich die kapitalistische Wirtschaft durch Krisen nährt und regelt.** Gelegentlich Saboteure des Staates, Nutznießer der Inflation und Mißbraucher unseres wirtschaftlichen Fundus, zog das Privatkapital aus allen Blüten Honig, ohne indessen fähig und willens zu sein, die Dinge zu meistern. Die Phase der Geschäftsaufsichten zeigt die Situation im grellsten Lichte.

Das Wesen und die mittelbare Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist nicht geklärt. Die Zahl der Konkurse und Geschäftsaufsichten — die übrigens im August von 1173 auf 855 bezw. von 599 auf 301 zurückgegangen sind —, bilden einen nur relativen Gradmesser zur Beurteilung der Krise. Man soll sich übrigens auch darüber klar sein, daß die meisten Konkurse ganz natürliche, ja zum Teil notwendige Folgen der Deflation darstellen. Indessen werden gewöhnlich nur die kleinen Inflationssünder

von der Krise erfaßt. Die Haifische der Inflation werden selten oder gar nicht davon betroffen. Die Fälle **Becker** und **Mansfeld** sind nicht typisch und besagen im Grunde genommen wenig.

Ja, es gibt trotz Kreditkrise und Kapitalmangel immer noch eine große Anzahl Unternehmungen, die in fortwährender Expansion begriffen sind und die über genügend flüssige Mittel verfügen, um neue Werke aufzukaufen oder sich an solchen finanziell zu beteiligen. Bei der heutigen internationalen Verschachtelung des Kapitals kommt es dabei oft zu Geschäften verschiedenster Art. Vor kurzem ging die Meldung durch die Presse, der **Stinneskonzern** habe seine Beziehungen zur **Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft** gelöst. Die Alpine — bei der, nebenbei bemerkt, die Interessen der Dynastie Stinnes mit denjenigen des Österreichers **Castiglioni** und des Franzosen **Schneider-Creuzot** zusammentreffen — stellt eine der wichtigsten Gruppen des Stinneskonzerns dar und für den Eingeweihten war von vornherein klar, daß eine solche Loslösung nur in Verbindung mit „Kompensationen" verstanden werden, daß es sich in Wirklichkeit nur um eine internationale Transaktion handeln könne. Der Meldung von der Loslösung folgte das Dementi auf dem Fuße. Dafür erfuhr man, daß die Stinnes bezw. der Alpinen gehörenden, in polnisch Oberschlesien gelegenen Werke **Bismarckhütte** und **Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb** in französische Hände übergegangen sind. Der Schlüssel zu diesen Vorgängen dürfte in einer weiteren, ganz nebensächlich und allgemein gehaltenen Mitteilung zu suchen sein, wonach die Hugo Stinnes, G. m. b. H., ihre Interessen in der **Tschechoslowakei** „weiter" ausgedehnt habe. Diese Meldung läßt vermuten, daß sich die Firma Stinnes mit der französischen Schwerindustrie, die in der Tschechoslowakei maßgebenden Einfluß besitzt, verständigt hat. Bisher bestand dort ein hartnäckiger Konkurrenzkampf zwischen Schneider-Creuzot und Stinnes, welch ersterer es auch, wie erinnerlich, zu verhindern verstand, daß Stinnes auf die Witkowitzer Eisenwerke Einfluß gewann. Ob nun durch die Hingabe der in Polen gelegenen Werke an französisches Kapital der Weg zu letztgenanntem Werk oder zu den Skodawerken (die von Schneider-Creuzot beherrscht werden) frei wird, ist eine Frage, die vorläufig noch offen bleibt.

Übrigens hat es der Stinneskonzern bis jetzt in der Tschechoslowakei — die die wichtigste Brücke nach dem Balkan und nach Rußland darstellt — sehr wohl verstanden, durch zahlreiche Unternehmungen seine Interessen besonders auf dem Gebiet der Öl- und Elektroindustrie zu festigen und zu erweitern.

Die ausländischen Produktions- und Handelsinteressen des Stinneskonzerns, die sich heute beinahe auf alle Weltteile erstrecken, im einzelnen aufzuführen, liegt nicht im Rahmen dieser Rundschau. Zur Information über die in den letzten Wochen erweiterten Auslandsbeziehungen des Stinneskonzerns sei nur noch auf den im Werden begriffenen internationalen **Filmkonzern** hingewiesen, der sich um die zur Hugo Stinnes G. m. b. H. zählende **Westi-Film G. m. b. H.** gruppieren soll. Die Durchführung des Projekts würde auf eine internationale Filmsyndizierung hinauslaufen.

Außer Stinnes haben sich hinsichtlich ausländischen Neugründungen und Beteiligungen deutscher Konzerne in letzter Zeit besonders die **Brüder Mannesmann, Otto Wolff-Phönix** und die **AEG**-Berlin hervorgetan.

Mannesmann hat seinen tschechoslowakischen Besitz durch Beteiligung an den **Koburgwerken** erweitert. Die Gruppe **Wolff-Phönix** verbindet sich immer enger mit dem holländischen Kapital (gegenseitige „Überfremdung"!). Daneben laufen enge Interessen an dem AEG-Konzern, die zur Gründung einer gemeinsamen Absatzorganisation in der Türkei geführt haben. Die **AEG** hat die internationale Organisation ihres Konzerns weiter ausgebaut. Neuerdings gewann sie bei einigen Unternehmungen in **Jugoslavien** Einfluß. Von Belgrad wurde gemeldet, daß dort eine große Gesellschaft, die **Technische Handels-Aktiengesellschaft,** gegründet worden sei. Neben der Errichtung einer Werkstatt für Telephonie, Telegraphie und drahtlosem Funkenverkehr soll die neue Gesellschaft den Vertrieb folgender Konzernfirmen übernehmen: AEG, Linke-Hofmann-Lauchhammer-Archimedes, Mix & Genest, Silesia und Hegenscheid. Als Großaktionärin trat in das Unternehmen die serbische Firma Risitsch ein, die bereits in der Vorkriegszeit mit der AEG in Geschäftsverbindung stand. In **Amsterdam** wurde in den vorigen Wochen die **Internationale AEG** mit einem Kapital von 10 Millionen Gulden errichtet. Gründer sind die AEG-Berlin und die Amsterdamsche Bank. Zweck des Unternehmens ist der Vertrieb von elektrotechnischen Erzeugnissen, Maschinen und Apparaten in Holland und nach Übersee. — Das sind nur einige der wichtigsten Vorgänge, die die Tendenz der Expansionen im Ausland erkennen lassen.

Im **Inland** schreitet indessen der „Angliederungsprozeß" trotz den beweglichen Klageliedern der Industrie über Geldmangel nicht minder rüstig vorwärts. Allein im Monat August hat der **Stinneskonzern** an 8 verschiedenen Unternehmungen „Interesse" genommen. Durch Übernahme von Aktien der früher zum Kahnkonzern gehörenden **A.-G. für Automobilindustrie (Aga)** in Höhe von etwa 15 Millionen Mark erweiterte der Konzern seinen ohnedies schon erheblichen Einfluß auf die Autoindustrie ganz bedeutend. Neben maßgebender Beteiligung an der Firma **Alfred Urbscheit, G. m. b. H.,** Preß- und Hammerwerk in Duisburg, und an der Eisen- und Metallhandelsfirma **Weil & Reinhardt, A.-G.** in Mannheim gründete die Hugo Stinnes G. m. b. H. mit einem Grundkapital von 200 000 Mark die **Süddeutsche „Pelos"-Verkehrs-A.-G.** in München. Ferner ist das Bad Mergentheim in seinen Besitz übergegangen. Welchen Ausgang die Verhandlungen zwecks Übernahme des größten Hotels in München, den „Vier Jahreszeiten", des größten Hotels in Augsburg, den „Drei Mohren" und des „Rießer Seehotels" in Garmisch nehmen werden, bleibt abzuwarten. Ebenfalls problematisch bleiben weiterhin die Versuche von Stinnes, auf die Ilse-Bergbau-A.-G. entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Auch andere Unternehmungen und Konzerne haben sich in letzter Zeit weiter ausgedehnt, sei es durch machtpolitische Aufkäufe oder durch rationelle Zusammenschlüsse. Unter letztere Kategorie fallen die Interessengemeinschaften **Daimler-Benz** (Autoindustrie), **Meguin, A.-G., Butzbach, Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G. „Bamag"** (Kohlenaufbereitungs- und Veredelungsanlagen, Gaswerkbau), **Otto Wolff-Hommel,** G. m. b. H., Mainz (Spezialmaschinen) und **R. Wolf, A.-G.,** Magdeburg-**Lanz,** Mannheim (Maschinenindustrie). Zur Beurteilung der Lage in der Industrie ist es nicht unwesentlich festzustellen, daß die Konzerne im allgemeinen ihren Besitzstand eher

erweitert als verringert haben. Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel. Neben Stinnes sind vor allem der **Anilin-** und der **Kruppkonzern**, sowie die **Deutschen Werke** und die **Hapag** (Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-A.-G.) zu nennen, welch beide letztgenannte Unternehmungen außerdem durch ihre Papiermarkbilanzen geradezu klassische Beispiele der für die Großkonzerne segensreichen Wirkung der Inflation darstellen.

Unter den neueren Konzerngrößen, die die **Deflation** hervorgebracht hat, ragen die Vertreter dreier Gruppen hervor: **Jakob Michael, Friedrich Minoux** und die **Brüder Barmat.**

Michael, der heute an der Berliner Börse tonangebend ist, ist aus dem Metallhandel und der chemischen Industrie hervorgegangen. In der Kriegs- und Inflationszeit erwarb er nach und nach verschiedene Unternehmungen der chemischen und metallurgischen Industrie, die später in eine Holdinggesellschaft, die **J. Michael-A.-G. für chemische und metallurgische Industrie** eingebracht wurden. Den großen Wurf aber machte Michael erst nach Beendigung der Inflation. Er war vielleicht der einzige, der die Folgen der Schachtschen Währungspolitik voraussah und rechtzeitig mit der Theorie der „Flucht in die Sachwerte" brach. Er wechselte seine Effekten und Devisenguthaben in Rentenmark um und wurde Geldhändler. Das Vertrauen zur Mark hat Jakob Michael reichen Gewinn gebracht — durch hohe Zinssätze und Risikoprämien für eine eventuelle Durchbrechung der Währungsstabilität. Michael wurde in der Folge Geldvermittler größeren Stils. Die Reichspost und Private überließen ihm ihre flüssigen Mittel, die er seinerseits wiederum auf eigene Rechnung zu höheren Zinssätzen auslieh. Als die umgangenen Banken sich anschickten, gegen die Praktiken Michaels eine geschlossene Phalanx zu bilden, war dieser schon zu groß, um sich in seinen Interessen bedroht zu fühlen. Ja er schwang sich selbst zum Bankier auf und brachte in erfolgreichem Vorstoß die Aktienmehrheit der **Hannoverschen Bodenkreditbank** und der **Mitteldeutschen Bodenkreditbank** in Greiz an sich. Ferner wurde er Großaktionär bei der **Germaniaversicherungsgruppe** in Stettin und erweiterte seinen Einfluß auf industriellem Gebiet gemeinsam mit der holländischen Sternberggruppe durch maßgebende Beteiligung bei der früher zum Kahnkonzern zählenden **Flender-Brückenbaugesellschaft** in Benrath und Lübeck.

Unter den Nutznießern der Kreditnot nimmt **Friedrich Minoux**, der ehemalige Generaldirektor der Hugo Stinnes G. m. b. H., eine der ersten Stellen ein. Er war in eine gute Schule gegangen und kannte sich im Hexenkessel der Effektenspekulation genügend aus, um sich bei passender Zeit selbständig machen zu können. Im November vorigen Jahres gründete er mit einem Grundkapital von 10 Millionen Goldmark die **Friedrich Minoux-Aktiengesellschaft für Handel und Industrie**, Berlin, die heute die Dachgesellschaft des Minouxkonzerns darstellt. Dabei versäumte er nicht, sich gleichzeitig nach der Finanzseite hin zu sichern. Er trat als Mitinhaber in das Bankgeschäft Jacquier & Securius in Berlin ein, welches Institut mithin Konzernbank wurde. Als fester Bestand des Konzerns kommen in der Hauptsache folgende Unternehmungen in Betracht: **Deutsch-Rumänische Petroleum-A.-G., Continentale Industrie- und Handelsgesellschaft, A.-G.**, Berlin, **Batschari-Zigarettenfabrik, A.-G.**, Baden-Baden, **„Printator"-Maschinenaktiengesell-**

schaft Berlin und die **Allgemeine Kohlenhof-G. m. b. H.**, eine der größten Berliner Kohlenhandelsfirmen. Dazu kommen eine Anzahl vorläufig noch lose Verbindungen mit Unternehmungen, in denen Aufsichtsrat Herr Minoux sitzt. Zu der einen oder anderen Gesellschaft mögen auch schon festere Beziehungen vorhanden sein. Es sind hier zu nennen: Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G. (Bamag-Meguin), Verkehrs- und Treuhand-A.-G. Berlin, Zentral-Kreditbank, A.-G., Berlin, Städtische Berliner Gaswerke, Städtische Berliner Elektrizitätswerke und Städtische Berliner Wasserwerke. — Es ist besonders zu beachten, daß in den letzten Jahren das Privatkapital wiederholt und zum Teil mit Erfolg versuchte, in gemeinnützige und kommunale Unternehmungen einzudringen. Und so wird man auch etwas Mißtrauen hegen müssen gegenüber den etwas verdächtigen Bemühungen des Herrn Minoux um das Wohl der Berliner städtischen Werke.

Daß nicht nur die Inflation, sondern auch die durch die Deflation gezeitigte Kreditkrise den Antrieb zur Konzernbildung geben konnte, dafür ist die Entwicklung des Konzerns der **Brüder Barmat** aus Holland ein deutlicher Beweis. Wer sind die Herren Barmat und wie war es möglich, daß sie in verhältnismäßig kurzer Frist zahlreiche deutsche Unternehmungen und insbesondere zwei Konzerngruppen: die **Berlin-Burger Eisenwerke** und die **J. Roth-A.-G., Eisengießerei und Maschinenfabriken** in Berlin unter ihre Kontrolle bringen konnten? Noch vor wenigen Monaten war der Name der deutschen Öffentlichkeit so ziemlich fremd. Der Barmat- oder Amexima-konzern war bis vor kurzem eine reine Handelsgesellschaft, die unter der Firma **N. V. Amsterdamsche Export en Import Maatschappij** (Amexima) Ein- und Ausfuhrgeschäfte betrieb. Im Krieg und auch in der Nachkriegszeit tätigte sie ein lebhaftes Lebensmittelimportgeschäft nach Deutschland. Die riesigen Umsätze und Gewinne führten zu Kreditgeschäften, die durch die Verwaltungs- und Finanzierungsgesellschaft N. V. Explotatie en Administratie Maatschappij betrieben wurden. Unter den Geschäftsfreunden der Brüder Barmat befanden sich auch die J. Roth-A.-G. Berlin und die Berlin-Burger Eisenwerk-A.-G., die mit der Zeit durch gesteigerte Inanspruchnahme von Krediten in ein immer stärkeres Abhängigkeitsverhältnis zu Barmat-Amexima gerieten. Als dann die Kreditfähigkeit der beiden Unternehmungen mehr und mehr schwand, sahen sich die Kreditgeber Barmat in die Zwangslage versetzt, die Gesellschaften entweder zum Konkurs (Geschäftsaufsicht) zu treiben oder aber die Kredite in maßgebende Beteiligungen umzuwandeln. Sie wählten schließlich im eigenen Interesse den letzteren Ausweg und so wurden die Berlin-Burger Eisenwerke und die Roth-A.-G. quasi Untergruppen des Barmatkonzerns. — Einschließlich der Amexima besteht der Barmatkonzern demnach aus drei Gruppen, die insgesamt etwa 70 der verschiedensten, durchaus nicht immer organisch gewachsenen Unternehmungen verschiedener Branchen umfassen. Darunter befinden sich wichtige Stützpunkte in Holland, Österreich, der Tschechoslowakei und in der Schweiz.

Die heutige Wirtschaftslage trägt einen schillernden Charakter. Aus den mannigfachen, mit der Krise kausal verbundenen (oder gewaltsam in Verbindung gebrachten!) Erscheinungen und Bewegungen in der Industrie lassen sich allerhand Schlüsse ziehen. Aber man soll sich hüten, in der gegenwärtigen Krise — deren Wesen, das muß immer wieder betont werden, durchaus nicht

geklärt ist — vorwiegend den Zusammenbruch der Inflationsgewinnler zu sehen. Wenn es nur ein solcher „Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit" wäre, läge der Fall verteufelt einfach. Leider muß man aber bei gewissen Vorgängen in der Industrie mit Recht im Zweifel sein, ob die Ursachen und Beweggründe in wirtschaftlicher Notlage zu suchen sind oder ob hinter den Erscheinungen (Umgruppierungen und Stillegungen von Unternehmungen) **machtpolitische** Bestrebungen lauern. Und was uns zum Beispiel als Überfremdung aus Kapitalmangel dargestellt wird, ist oft im Grunde nichts weiter als eine kapitalistische Transaktion.

Hier gilt es im Hinblick auf die künftige Verteilung der Reparationslasten auf der Hut zu sein. Die Arbeiterschaft und deren berufene Vertreter dürfen sich auf keinen Fall düpieren lassen.

Es steht außer Frage, daß die Industrie aus der gegenwärtigen Krise nicht geschwächt hervorgehen wird. Während der Inflation hat man sich viel zu wenig um die eigentliche Substanz, um das Großkapital der Industrie gekümmert. Nun der Schleier gefallen ist und die Umstellung vom Papier- zum Goldkapital allmählich (verdächtig langsam!) vor sich geht, bekommt man eine Ahnung von den „Substanzverlusten". Es wird offenkundig, daß die Papierblase mehr oder weniger entwickelte goldene Kerne barg. Dem Wirtschaftsstatistiker dürfte in Zukunft in der Kontrolle der Besitzverschiebung und Substanzvermehrung der Industrie eine ebenso interessante wie aufschlußreiche Tätigkeit erwachsen.

:::: :::: ::::

Preisabbau?

Das Wirtschaftsprogramm der bürgerlichen Regierung

Tony Sender (Frankfurt a. M.)

Die deutsche Volksvertretung ist Ende August nach Hause geschickt worden, trotzdem wichtigste Aufgaben zu einer raschen Erledigung drängten. Das brachte indessen unsere Reichsregierung nicht in Verlegenheit, hat sie doch im Verlauf des letzten Jahres die angenehme Erfahrung machen können, daß man in der Republik auch ohne Volksvertretung regieren kann. Allerdings hat man jetzt auch nicht einmal mehr den Anschein eines Grundes für ein solch diktatorisches Vorgehen, wie man ihn in der Inflationszeit gebrauchen konnte, daß nämlich ein so rasches Handeln durch die sich überstürzende Inflationswelle im Interesse der Gesamtheit sich aufdränge.

Und so hat sich denn die Reichsregierung an die Durchführung der Aufgabe begeben, in einem Wirtschaftsprogramm diejenigen Maßnahmen aus eigener Machtvollkommenheit zu ergreifen, die angeblich zu einer Ermäßigung der stark übersetzten Preise des deutschen Marktes führen sollen. Die Tatsache des zu hohen Preisniveaus wird von keiner Seite bestritten. Will man aber diesem Übelstand begegnen, so müßte zunächst völlige Klarstellung über die wahren Ursachen dieser Preisübersetzung herbeigeführt werden. Das wäre durch eine öffentliche Debatte im Plenum des Parlaments vielleicht möglich gewesen. Und dann allerdings wäre die Frage aufzuwerfen: Inwieweit kann in einem bürgerlichen Staat durch Regierungsmaßnahmen ein derartiger Einfluß auf die Produktion, ihre Organisation und die Güter-

verteilung genommen werden, daß ihre rationelle Ausgestaltung und ein erträgliches, konkurrenzfähiges Preisniveau gewährleistet wird?

Allein diese Fragestellung weist bereits auf die Hemmungen hin, die einer kapitalistischen Regierung, selbst wenn sie den ehrlichen Willen zu energischen Maßnahmen im Interesse der Förderung der Volkswirtschaft hätte, entgegenstehen würden. Ist doch das Prinzip der herrschenden Wirtschaftsordnung das privatwirtschaftliche der völligen Freiheit des Individuums in der Ökonomie, ein Prinzip also, das jede Einmischung des Staates in die Führung der Einzelunternehmung ausschließt. Führt man sich dies vor Augen, so wird man sich nicht wundern dürfen darüber, daß das mit sehr viel Reklame verkündete Programm der Regierung

1. sehr dürftig ist,
2. keinerlei Gewähr dafür bietet, daß es dem Preisabbau und nicht dem Mehrwertzuwachs des Unternehmers

dienen wird. Dieses Programm zerfällt in drei Teile, dessen erster Teil eine

Herabsetzung der Gütertarife und Kohlenpreise

veranlaßt. Allerdings werden nicht die Personentarife (was ja auch der Arbeiterschaft direkt zugute gekommen wäre), sondern nur die Gütertarife um 10 Prozent ermäßigt. Diese Tarifermäßigung geschah noch vor Übergabe der Reichseisenbahnen an die neu zu gründende Eisenbahngesellschaft und war auch bereits vorgesehen, nachdem feststand, daß das wichtige, bisher von der Regie verwaltete Eisenbahnnetz an Rhein und Ruhr wieder in deutsche Verwaltung übergehen und damit die daraus fließenden recht beträchtlichen Einnahmen wieder der deutschen Reichsbahn zufließen würden, ihre Gesamteinnahmen so erhöhend, daß man erwarten durfte — durch die Befreiung des betreffenden Industriegebiets von Besatzung und Wirtschaftserschwerungen auch eine Belebung der Wirtschaft in Rechnung stellend —, daß nunmehr durch diese Ermäßigungen keine Gefährdung des Gleichgewichts des Reichsbahnbudgets hervorgerufen würde.

So richtig und begrüßenswert daher dieser Tarifabbau ist, so bedeutet doch diese Maßnahme keineswegs mit Sicherheit die Wirkung einer Preisermäßigung. Sie ist lediglich eine Unkostenverminderung, und zwar eine sehr beträchtliche, da sie sich ja nicht nur auswirkt auf die Versendung des Endprodukts, sondern ebenso auf alle Transporte von Rohmaterial, Hilfsstoffen, Halbzeugen usw. Aber von dieser Unkostenverminderung braucht darum der Verbraucher noch keineswegs etwas zu merken, sie kann auch dienen zur Vermehrung des Unternehmergewinns, solange die Regierung kein Mittel besitzt, um durch eine Vertretung in allen Betrieben die Nachprüfung der Kalkulation vornehmen zu lassen, eine Nachprüfung, die natürlich nur dann Zweck hätte, wenn sie durch entsprechende gesetzliche Vorschriften fundiert und Exekutivmaßnahenm zur Verfügung stünden.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der im Regierungsprogramm gleichfalls verkündeten Herabsetzung der Kohlenpreise um 10 Prozent, eine Ermäßigung, die für die Rhein- und Ruhrzechen, die angaben, durch die nunmehr aufgehobenen Mikumlasten mit 30 bis 40 Prozent belastet gewesen zu sein, wohl noch einen sehr ausreichenden Gewinn lassen dürfte. Da Kohle der wichtigste Rohstoff ist, der in fast allen Produkten in einem bestimmten

Prozentsatz einkalkuliert werden muß, wäre diese Preisermäßigung unbedingt triftige Ursache zur Reduzierung des allgemeinen Preisniveaus. Aber solange der Warenbesitzer die Preishöhe noch halten kann, zieht er selbstredend vor, dieses Geschenk der Kohlenpreisermäßigung nicht dem Konsumenten zukommen zu lassen, sondern damit seine Profitrate aufzubessern. Das eben ist der Segen der „Freiheit" des Individuums in der Privatwirtschaft. — Das zweite Gebiet der Maßnahmen betrifft

Steuerermäßigungen,

und zwar sollen die Kapitalverkehrssteuern (Gesellschaftssteuer und Wertpapiersteuern) in einer nicht angegebenen Weise und die Umsatzsteuer von $2^1/_2$ auf 2 Prozent ermäßigt werden. Und gerade gegenüber dieser auf dem Verordnungswege getroffenen Maßnahme ist der allerschärfste Protest am Platze, da man hier in eines der allerbedeutsamsten Rechte der Volksvertretung, in das Steuerrecht eingegriffen hat, ohne daß dafür eine sachliche Notwendigkeit bestand. Schon seit langem hat die Arbeitervertretung im Parlament auf die Notwendigkeit der Herabsetzung der Umsatzsteuer, ja der Abschaffung dieser ungerechtesten und brutalsten aller Steuern hingewiesen, und es war wohl die Möglichkeit gegeben, noch in der vergangenen Tagungsperiode des Parlaments diese Frage zu lösen. Aber die Regierung hatte das unglaubliche Manöver fertiggebracht, die von den Arbeitervertretern aufs schärfste bekämpfte Zollvorlage zu verkoppeln mit der Herabsetzung der Umsatzsteuern und sie selbst hat durch diese in nichts gerechtfertigte Verkoppelung die ordnungsmäßige Erledigung der Frage der Umsatzsteuer verhindert. Läßt aber die deutsche Arbeiterschaft ohne den energischsten Widerspruch diese Ausschaltung der Legislative dahingehen, so darf sie sich nicht wundern, wenn in der Zukunft Regierungen möglich sein würden, die bei formalem Fortbestehen der Demokratie dennoch das wichtigste Recht der Volksvertretung, das Budgetrecht, umgehen könnte unter Berufung auf Präjudizien, die auch von der demokratisch eingestellten Bevölkerung widerspruchslos hingenommen worden seien. Hält man dieses Vorgehen für zulässig, so könnte es ja auch einmal einer Regierung einfallen, die Frage des Hochschutzzolls auf die gleiche bequeme Weise zu erledigen versuchen und allein das Aufzeigen dieser Perspektive verdeutlicht, zu welch großer Gefahr das Regieren auf dem Verordnungswege sich auszuwachsen droht.

Wir brauchen hinsichtlich der Umsatzsteuer nicht das zu wiederholen, was wir bereits hinsichtlich der preisdrückenden Wirkung der vorerwähnten Maßnahmen gesagt haben. Aber nicht nur in bezug auf die Umsatzsteuer, sondern mehr noch hinsichtlich der Ermäßigung der Kapitalverkehrssteuer ist die Frage aufzuwerfen, wie sich denn die Regierung die Stabilität des Budgets, das uns ja auch mit Nachdruck durch das Dawes-Gutachten auferlegt ist, gesichert hat, wenn sie solche beträchtlichen Streichungen vornimmt, ohne zugleich auch die korrelativen Maßnahmen zu einer Einnahmebeschaffung zu treffen. Wie soll der Ausgleich hierfür geschaffen werden? Solange diese Frage nicht beantwortet ist, steht keineswegs fest, ob diese „Maßnahme zum Preisabbau" nicht nur die Preisreduktion **nicht** zur Folge hat, sondern ob sie nicht obendrein noch zur Quelle von Belastungen des Konsums werden kann, weil ja **in jedem Falle der Einnahmeausfall wieder gedeckt werden muß.**

Das dritte, besonders wichtige Gebiet im Regierungsprogramm betrifft die Neugestaltung des Kreditwesens

dadurch, daß die Reichsbank die Gesamtsumme ihres Diskontkredits um 10 Prozent erhöht hat, daß sie ferner die Laufzeit für Warenwechsel auf drei Monate wieder ausdehnte und daß sie künftig Akzepte der Privatbanken wieder diskontieren wird. Nebenbei soll auch auf die Privatbanken eingewirkt werden, um eine Ermäßigung ihren Kreditbedingungen herbeizuführen.

Das Wesentlichste ist jedoch, daß mit diesen Maßnahmen die Reichsbank den Grundsatz scharfer Kreditrestriktion (Krediteinschränkung), der neben der Stabilhaltung der Währung das Ziel des Drucks auf einen Preisabbau hatte, verläßt und durch die angekündigten Maßnahmen eine nicht unbeträchtliche Erleichterung der Kreditnahme herbeiführt. Diese dritte Gruppe der Maßnahmen aber steht im direkten Gegensatz zu dem von der Regierung verkündeten und von den beiden ersten Gruppen angeblich erstrebten Ziele des Preisabbaus. Es wird von dem Zentralkreditinstitut eine größere Summe Leihkapital zur Verfügung gestellt, eine Vermehrung der vorhandenen Kaufkraft also vorgenommen, ohne daß dies durch eine vermehrte Produktion gerechtfertigt wäre. Im Gegenteil kann gerade diese Maßnahme zunächst die Wirkung haben, daß der Zwang zur Liquidierung vorhandener Lagerbestände, und zwar zu ermäßigten Preisen (weil zu den hohen sich keine Käufer fanden) beseitigt wird, daß durch die größere Bereitwilligkeit der Reichsbank zur Kreditgewährung man diese Bestände noch halten oder hinreichende Mittel zur Reproduktion zu ebenso hohen Preisen in die Hand bekommen kann. Letzteres könnte zunächst zu einer neuen Scheinkonjunktur führen, zu einem neuen Preisauftrieb, den doch schließlich die Fortsetzung der Sanierungskrise nur um so stärker hervorbrechen lassen müßte. Wirkt aber diese neue Politik der Reichsbank einem Preisabbau entgegen, so birgt sie auch gewisse Gefahren für die Devisenstabilität in sich. Hat doch das innere Preisniveau auch den größten Einfluß auf die Gestaltung der Handelsbilanz, insofern als ein hohes inneres Preisniveau die Einfuhr aus dem Ausland fördert, den Devisengebrauch hierdurch über Gebühr steigernd, so daß die Folge die Passivität der Zahlungsbilanz würde. Nun ist allerdings das Gebiet der zentralen Kreditpolitik noch das einzige, auf dem durch Regierungsmaßnahmen eine bedingte Einflußnahme auf die Preisgestaltung möglich wäre. Und gerade hier birgt der neu beschrittene Weg die größten Gefahren. Darum hätte man sich des normalen Wegs der Einwirkung auf die Wirtschaftsführung in der Kreditgewährung durch eine energische Handhabung der Diskontpolitik erinnern sollen. Noch immer ist der Reichsbankdiskont ganz bedeutend billiger als derjenige der privaten Banken. Wir haben uns stets gegen diese Differenz zuungunsten des Zentralinstituts gewandt und einer Angleichung ihres Satzes an denjenigen des privaten Verkehrs das Wort geredet. Und wenn wir dies taten, so waren wir uns bewußt, daß der billigere Diskontsatz der Reichsbank keineswegs den Konsumenten zugute kam, da in der Kalkulation doch der Satz des allgemeinen Verkehrs eingestellt wurde, so daß eine Erhöhung des Reichsbankdiskonts nur diesen Vorteil der zum direkten Reichsbankdiskont zugelassenen Firmen aufgehoben hätte. Und wir müssen auch noch heute diesen Weg als den gesunderen empfehlen.

Fragen wir uns nun aber nach der Wirkung der von der Regierung getroffenen Preisabbaumaßnahmen: Es sind beim Niederschreiben dieser Zeilen bald drei Wochen seit ihrer Verkündung verflossen und von einer Reduzierung des deutschen Preisniveaus ist noch nichts wahrzunehmen. Wir wollen dabei keineswegs verkennen, daß eine völlig einwandfreie Gegenüberstellung der Preise vor und nach dieser Zeit außerordentlich kompliziert ist, weil zum Beispiel bei der Aufstellung des Großhandelsindex auch Waren aufgenommen wurden, deren Preise durch die Weltmarktpreisbewegung beeinflußt sind. Doch müssen wir feststellen, daß der amerikanische Großhandelsindex von Ende August bis Ende September nur um 1,3 Prozent gestiegen ist, während allein in der Zeit von Ende August bis 18. September die

deutschen Großhandelspreise von 132,49 auf 134,27

gestiegen sind. Das also ist zunächst der Erfolg der Preissenkungsaktion der Regierung. Und selbst ein bürgerliches Organ wie der Montagmorgen muß in einer Erhebung, die es auf den verschiedensten Warengebieten vorgenommen hat, die völlige Erfolglosigkeit der „Aktion" feststellen, ja darüber hinaus sogar von recht erheblichen Preissteigerungen gerade der wichtigsten Artikel, wie speziell Nahrungsmittel, Mitteilung machen. Und die Preisheraufsetzung auf dem Fleisch- und Viehmarkt wird in interessanter, mit unseren obigen Warnungen in der Kreditpolitik durchaus übereinstimmender Weise darauf zurückgeführt, daß die Landwirtschaft jetzt nicht mehr unter dem starken pekuniären Druck stehe, wie es bis Mitte des Jahres der Fall war. Ebenso wird unter derselben Rubrik registriert, daß sich die Frachtermäßigung auf dem Fleischmarkt noch in keiner Weise ausgewirkt habe.

Wir können darum dahin resümieren: Die Verbilligungsaktion der Regierung, schon von vornherein kaum dazu angetan, irgendwelche Illusionen zu erwecken, hat bis jetzt einen Erfolg nicht gezeitigt. Aber sie ist auch unternommen worden viel stärker unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung der Produzenten, als unter dem einer wirksamen Entlastung der Konsumenten. Verbilligungspolitik ohne eine grundsätzliche Bejahung der Aufgabe der Produktionspolitik für den Staat ist aber überhaupt nicht möglich; wer darum einsieht, daß der Staat nicht länger tatenlos der wirtschaftlichen Unvernunft zuschauen darf, der betont gewollt oder ungewollt die Anerkennung der Notwendigkeit staatlicher Verfügung über die Produktion, das ist der sozialistischen Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft.

:::: :::: ::::

Von der Gewerbeinspektion

Sanitätsrat Dr. Hanauer (Frankfurt a. M.)

Das Betriebsrätegesetz hat die Arbeiterschaft in nähere Berührung mit den Organen der Gewerbeinspektion gebracht und die gegenseitigen Beziehungen zueinander gesetzlich festgelegt. Das Interesse der Arbeiter an der Gewerbeinspektion ist denn auch zweifellos gewachsen. Die grundlegenden Gesetze über den Arbeiterschutz sind bekanntlich einheitlich vom Reiche erlassen worden. Die Aufsicht über die Durchführung dieser Gesetze ist jedoch Sache der Länder. Um trotzdem eine gewisse Einheitlichkeit zu erzielen, hatte der Bundesrat 1878 Normen für die Regelung des Dienstes der nach Maßgabe des § 139 der

Gewerbeordnung anzustellenden besonderen Aufsichtsbeamten" aufgestellt. Diese noch heute geltenden Normen haben viel zur Vereinheitlichung des Gewerbeaufsichtsdienstes beigetragen, trotzdem sind in der Organisation der Gewerbeaufsicht in den verschiedenen Ländern noch eine Reihe von Unterschieden geblieben.

Diese Unterschiede betreffen unter anderm die Anstellung von **Frauen und von Aerzten** als Hilfsorgane der Gewerbeinspektion.

Was die **Frauen** anlangt, so wurde der erste Versuch mit Einstellung einer Beamtin 1897 in Sachsen-Weimar gemacht. Heute sind nach einer Zusammenstellung von **E. Lüders** in Deutschland 90 Frauen in der Gewerbeaufsicht beschäftigt, davon 45 in Preußen, 12 in Bayern, 12 in Sachsen, 5 in Württemberg, 2 in Baden. Bei dem Aufbau der Gewerbeaufsicht lassen sich drei Stufen unterscheiden: untere, mittlere und höhere Beamte. In neuerer Zeit ist in den meisten Ländern der Aufstieg von einer zur anderen Stufe durch Fortbildungskurse und Ablegung von Prüfungen erleichtert worden. Die weiblichen Kräfte sind vorläufig überwiegend in den mittleren und unteren Stufen tätig.

Die meist noch untergeordnete Stellung der Frauen im Gewerbeaufsichtsdienst rührt zum Teil daher, daß sie die Bedingungen für die leitenden Posten noch nicht erfüllen. Ein weiterer Nachteil für die Ausgestaltung des Berufs liegt darin, daß es zurzeit noch fast überall an festen Normen für die Ausbildung fehlt. Daher ist auch die Herkunft und Vorbildung der meisten angestellten Beamtinnen sehr verschiedenartig. Die meisten Staaten verlangen praktische Ausbildung, zum Beispiel längere Tätigkeit in einem Fabrikbetrieb, Fürsorge- oder Arbeiterinnenheim oder Ablegung eines technischen Examens. Daneben werden theoretische Kenntnisse in der Volkswirtschaftslehre und Gesetzeskunde verlangt. Um in die Ausbildungsverhältnisse der weiblichen Beamten, von deren Nutzen man sich allenthalben überzeugt hat, mehr Einheitlichkeit zu bringen, sind sowohl von dem Verein deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten wie von der Gesellschaft für soziale Reform Eingaben an die Behörden gemacht worden.

Die **ärztlichen** Gewerbeinspektoren betrachten es als ihre Aufgabe, neben der ihnen zugewiesenen Kontrolltätigkeit gesundheitsschädlicher Betriebe im Zusammenarbeiten mit den technischen Aufsichtsbeamten vor allem die Wissenschaft der **Gewerbehygiene** zu pflegen und fortzubilden. Worauf es dabei ankommt, setzt Landesgewerbearzt **Dr. Teleky** in der „Soz. Praxis" sehr anschaulich auseinander. Um Betriebs- oder Berufsverhältnisse wirklich klarzustellen, bedarf es statistischer Arbeit, klinischer Untersuchungen, praktischer Kenntnis der Betriebsverhältnisse und Arbeitsmethoden und auch tierexperimenteller Forschung. Sehr oft werden bei diesen Forschungen Fehler gemacht, wenn der Bearbeiter unkritisch vorgeht. Was die Statistik anlangt, so müssen sich die Erhebungen stets auf eine zahlenmäßig nicht zu kleine, wohlumgrenzte Gruppe beruflich eng zusammenhängender Personen erstrecken; es muß auch darauf geachtet werden, ob in dem Betrieb vorwiegend Vollarbeiter oder nur auf kurze Zeit beschäftigte Gelegenheitsarbeiter beschäftigt werden. Deren Gesundheitsverhältnisse können nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden.

Das zweite wichtige Hilfsmittel gewerbehygienischer Forschung ist die Massenuntersuchung; die meisten vorliegenden Untersuchungen sind aber nicht Massenuntersuchungen, sondern Gruppenuntersuchungen, wobei alles auf die

Auswahl und Eigenart der zur Untersuchung ausgewählten Gruppe ankommt. Aus dem Gesundheitszustand der Anstreicher **einer** Waggonfabrik kann man keinen Schluß auf den der Anstreicher einer anderen oder auf den der Waggonfabrikation überhaupt ziehen; die eine Fabrik stellt nämlich Güterwagen her, bei denen Bleifarben kaum zur Anwendung kommen, die andere weiße Straßenbahnwagen mit massenhafter Bleiweißverwendung. Ein richtiges Bild über in einem Beruf oder Betrieb vorkommende Erkrankungen erhält man nur, wenn man beide Forschungsmethoden anwendet: Durchuntersuchung der Arbeiter und genaue Beachtung der in einem längeren Zeitraum vorgekommenen Erkrankungen mit Hilfe der Statistik und im Bedarfsfall mit genauer Kontrolle aller verdächtigen Erkrankungen. Befragen der Firmen, der Direktoren oder Betriebsleiter zur Ermittlung gewerbehygienischer Schädigungen genügt nicht. Die leitenden Personen eines großen Betriebs wissen in der Regel nichts über die Erkrankungen ihrer Arbeiter, es sei denn, daß es sich um schwere Unfälle, Todesfälle oder eine betriebsstörende Massenerkrankung handelt. Nicht immer kann man guten Glauben annehmen; einmal wurde in einem Betrieb das Vorkommen von Gasvergiftungen vom Betriebsleiter in Abrede gestellt, aber in seiner Gegenwart berichtete der Sanitätsmann voll Stolz über die erfolgte gute Wirkung seines Rettungsapparats bei „Vergasungen". Dasselbe wie von mündlichen gilt auch von schriftlichen Auskünften und von statistischen Zusammenstellungen; werden doch selbst offizielle Erhebungen manchmal auf solchen, von wirtschaftlich interessierten Stellen zur Verfügung gestellten Statistiken aufgebaut.

Interessant ist auch, daß gewerbliche Gifte nicht nur nicht als solche zugegeben, sondern oft direkt als Heilmittel angepriesen werden; schweflige Säure, Chlordämpfe, ja selbst Blei sollen ein gutes Mittel gegen Tuberkulose sein, immer findet sich ein Ingenieur oder Arbeiter, der früher krank und durch diese Dämpfe geheilt wurde. In jedem Betrieb wird ein alter Mann vorgeführt, dem die angeblichen Betriebsschädigungen zu einem hohen Alter verholfen haben. Ist in einer Betriebsgruppe der Gesundheitszustand von einer Anzahl im Betrieb festgestellt, so berechtigt dies nicht dazu, das Festgestellte auf jeden einzelnen Betrieb zu übertragen, immer kann es in einem Betrieb gesundheitsschädigende Besonderheiten geben. Dr. Teleky sah z. B. Massenerkrankungen an Bleivergiftung in einer Flaschenkapselfabrik, weil die deckende Zinnschicht viel dünner war als in allen anderen derartigen Betrieben.

Sind die Gesundheitsverhältnisse festgestellt, handelt es sich um Maßnahmen oder Vorschriften zu ihrer Verbesserung, dann bedarf es dazu technischer und wirtschaftlicher Kenntnisse. Das ist der Punkt, wo ärztliche und technische Gewerbehygieniker zusammenarbeiten, gemeinsam die vorhandenen Möglichkeiten, ihre praktische Durchführbarkeit und den dadurch verursachten Kostenaufwand prüfen sollen. In der Gewerbehygiene sollen auch hierbei von irgend welcher **interessierter** Seite gemachte Angaben nicht kritiklos hinzenommen werden. Jede Behauptung, nicht nur technischer, sondern auch wirtschaftlicher und handelspolitischer Natur, muß von unparteiischen Sachverständigen nachgeprüft werden. Soll die Gewerbehygiene vorwärtsgebracht werden, so ist ein Zusammenarbeiten verschiedener Fachleute nötig: Gewerbearzt, Gewerbetechniker, Statistiker und Laboratoriumforscher müssen zu inniger Zusammenarbeit gelangen.

In letzter Zeit ist eine ausgiebige Erörterung darüber erfolgt, ob nicht die Gewerbeaufsicht tunlichst aus der staatlichen Verwaltung herausgelöst und Selbstverwaltungsorganen angegliedert werden soll. Manche Kreise der Gewerbeaufsichtsbeamten treten dafür ein, weil sie nicht immer ausreichende Beachtung ihrer dienstlichen Interessen bei der preußischen Regierung und den Verwaltungsstellen anderer Staaten finden. Die „Soziale Praxis" warnt vor der Durchführung dieses Gedankens, weil sehr leicht die zu schützenden Frauen und Jugendlichen die Leidtragenden einer solchen Umorganisation werden könnten. Nichtsdestoweniger wird von allen Aufsichtsbeamten eine Ausdehnung ihrer Kompetenzen und ein innigeres Zusammenarbeiten mit der übrigen Arbeitsverwaltung verlangt.

Denselben Standpunkt vertritt **Gewerberat Dr. Bender** in Potsdam. Die wichtigste Aufgabe der Gewerbeaufsicht besteht nach ihm darin, die Einwirkungen der Arbeit auf die Gesundheit der werktätigen Bevölkerung abzuwehren und ihren Schädlichkeiten vorzubeugen: eine Aufgabe, die unabhängig von politischen Zielen und jeder Staatsform unparteiische Beamte beansprucht, die sich frei von Einflüssen wirtschaftlicher und politischer Art nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen und gründliche Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Technik, Wirtschaft und Sozialpolitik besitzen müssen. Und dieser Hauptaufgabe der Gewerbeaufsicht haben sich noch solche technischer, juristischer und verwaltungsrechtlicher Art in reichlicher Fülle angegliedert, so daß sich als Fachgebiete unterscheiden lassen: Schutz der Arbeiter vor den Gefahren des Betriebes, besonderer Schutz weiblicher und jugendlicher Arbeiter, Sonntagsarbeit, Beaufsichtigung gewerblicher Anlagen, die besonderer Genehmigung bedürfen; Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Gegen die Übertragung aller arbeitsrechtlichen Befugnisse an die soziale Selbstverwaltung spricht das Interesse des Staates an der Gestaltung und Handhabung des Arbeitsrechts, insbesondere am Schutz der Arbeitskraft, unabhängig von den Machtverhältnissen wirtschaftlicher Gruppen. Hier bedarf es unabhängiger Staatsbeamter, die imstande sind, die Ansprüche der Beteiligten gegenüber den berechtigten Forderungen der Allgemeinheit unparteiisch abzuwägen.

Mit Rücksicht auf ihre schon fast über das technische Gebiet hinausgehende Tätigkeit ist die Gewerbeaufsicht wohl geeignet, für die Verschmelzung wesensverwandter Behörden und Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes der Mittelpunkt zu werden, vorausgesetzt, daß die Erhaltung und Förderung ihrer Selbständigkeit gewährleistet ist.

Als Träger der örtlichen Aufsicht würden die jetzigen Ämter in ihrer Organisation grundsätzlich unverändert bleiben können; doch wäre ein Ausbau zu einem Arbeitsaufsichtsamt erforderlich, das eine Überwachung auf folgende Gebiete ausdehnen würde: die Arbeit in wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbetrieben der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen, ferner der technischen und kaufmännischen Angestellten, gewissen Arbeiten der Land- und Forstwirtschaft, die einen ähnlichen Schutz erfordern, wie gewerbliche Arbeiten, ferner große Anlagen der Verkehrsbetriebe jeder Art, die den Gewerbeaufsichtsbeamten heute schon mit den Aufgaben der wissenschaftlichen Beweisführung, Normung und Typung vertraut sind; es sollte ihnen auch eine Mitwirkung bei der **Berufsberatung**, bei der Überwachung der **Lehrlingsausbildung**, bei den **Prüfungsausschüssen** für Gesellen und Meister und bei der

Handwerksaufsicht übertragen werden, auch wäre die Arbeitsaufsicht berufen, im **Schlichtungswesen** eine nützliche Rolle zu spielen. Der unmittelbare Verkehr mit den Selbstverwaltungskörpern und deren Organen (Fachausschüssen, Handwerkskammern und Innungen, Arbeitsämter usw.) sollte nicht nur gefordert, sondern den Beamten zur Pflicht gemacht werden; anderseits sollten die Selbstverwaltungskörper mehr als bisher die Arbeitsaufsicht in Anspruch nehmen.

Um diese Beziehungen fruchtbar zu gestalten, könnten paritätische Beiräte bei den Arbeitsaufsichtsbehörden berufen werden, die Sonderfragen aus der Praxis zu beurteilen und bei der wichtigen Aufgabe einer Erziehung zur Gefahrenbekämpfung in gewerblichen Betrieben mitzuwirken hätten. Der Nutzen einer derartigen Gemeinschaftsarbeit wird bewiesen durch die Mitarbeit der Gewerbeaufsichtsbeamten in den Fachausschüssen für Heimarbeit, ferner in der Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung.

Nachdem die deutschen Gewerbeinspektoren sehr eingehend über ihre Erfahrungen mit den Betriebsräten berichtet haben, ist es interessant, wie sich in der **Tschechoslowakei**, wo Betriebsräte oder Betriebsausschüsse seit 1. Januar 1922 in Kraft sind, diese nach einem Urteil der dortigen Gewerbeinspektoren bewährt haben. Die Ausschüsse kamen nur schleppend in Gang, die meisten Wahlen wurden in den deutschen Bezirken vollzogen. Wenn Wahlen nicht vorgenommen wurden, so war die Ursache dafür die Zufriedenheit der Arbeiter mit den bisherigen Vertrauensmännerausschüssen, ferner die Indolenz der Arbeiter, mehr noch die der Arbeiterinnen, endlich die Resistenz der Arbeitgeber. Die Durchführung der Wahlen selbst stieß nicht auf besondere Schwierigkeiten und verlief im ganzen ruhig.

Ein abschließendes Urteil über die Betriebsausschüsse kann noch nicht gefällt werden, doch sind die Beobachtungen überwiegend günstig. Von den Arbeitgebern wurde unter anderm der gute Einfluß auf die Disziplin der Arbeiterschaft, die Einschränkung von Betriebsdiebstählen betont. Besonders hervorgehoben wird auch die geübte Aufsicht über die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsverträge, die Mitwirkung bei der Vereinbarung der Arbeitsordnungen, die Aufsicht über den ordentlichen Besuch jugendlicher Arbeiter in der Schule, Verfolgung des **Gesundheitszustandes** der Arbeiterschaft und das Bestreben der Verbesserung **hygienischer Betriebseinrichtungen.** In der Angelegenheit der Produktionseinschränkungen trugen sie durch ihre ruhige Betrachtung der Situation und Kenntnis der Verhältnisse der einzelnen Arbeitnehmer viel zur ruhigen und beiderseits befriedigenden Lösung der brennenden Fragen bei.

Auch ungünstige Urteile wurden gefällt, so sollte durch die Betriebsausschüsse Schwerfälligkeit in die Betriebe hineinkommen, doch wird als erfreulich konstatiert, daß die Arbeiterorganisationen sich nicht hinter solche Betriebsratsmitglieder stellen, welche durch ihr Handeln keine Garantie für eine ruhige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bieten. So erkannten die Organisationsvertreter bei einer Verhandlung in der Frage der Unfallvermehrung, daß die Person des Betriebsausschußvorsitzenden ein Hindernis des guten Einvernehmens und des ruhigen Lebens im Betrieb sei, und sie veranlaßten ihn zum sofortigen Rücktritt. In die Ausschüsse wurden meist erfahrene Mitglieder der ehemaligen Vertrauensmännerausschüsse gewählt, und es wurden Kurse und Vorträge veranstaltet, um den Ausschußmitgliedern die nötige Vorbereitung für ihre neue Wirkungssphäre zu geben.

Der Verkehr der Gewerbeinspektoren mit den Betriebsausschüssen war sehr rege. Die vorgeschriebene Teilnahme eines Betriebsausschußmitgliedes wurde von den Unternehmern nicht selten außer acht gelassen, sonst wurde im allgemeinen ein gutes Verhältnis zwischen Betriebsausschüssen und Betriebsverwaltungen konstatiert, welche ihnen willig entgegenkamen und ihre Tätigkeit auch in keiner Weise einschränkten. Die den Gewerbeinspektor begleitenden Betriebsausschüsse verlangten von den Inspektoren in verschiedenen strittigen Angelegenheiten Aufklärung oder auch direkt an Ort und Stelle Abhilfe.

Wenn auch ein endgültiges Urteil über die Tätigkeit der Betriebsausschüsse noch nicht möglich ist, so berechtigt doch ihre bisherige Tätigkeit zu dem Urteil, daß sie verdienstvoll wirken.

:::: :::: ::::

Die Betriebsräte im Aufsichtsrat

Dickmann (Dortmund)

In den letzten Tagen haben in den großen Konzernwerken und Aktiengesellschaften die Wahlen der Betriebsräte zum Aufsichtsrat stattgefunden. Zum Teil stehen die Wahlen noch aus und werden demnächst vollzogen werden. Nach § 70 des BRG haben in allen Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, die Betriebsräte einen oder zwei ihrer Mitglieder (Arbeiter und Angestellte) in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Wahlen sollen alljährlich stattfinden. (Im besetzten Ruhrgebiet mit seinen großen Konzernwerken sind infolge der Besetzung im vergangenen Jahre durch eine Verfügung der Regierung die Betriebsrats- und Aufsichtsratswahlen aufgehoben worden. Getätigt werden die Wahlen nur in solchen Unternehmungen, deren Werke sich zum Teil auch im unbesetzten Gebiet befinden.) Die Werke sind örtlich weit voneinander getrennt, die Wahlen müssen daher auf schriftlichem Wege erfolgen und sind deshalb oft schwierig. Da die Arbeiterschaft selbst nicht unmittelbar beteiligt ist, treten die Wahlen weniger in die Öffentlichkeit; doch ihre Bedeutung darf nicht verkannt werden.

Die Aufgabe des im Aufsichtsrat befindlichen Betriebsratsmitgliedes steckt noch sehr in den Kinderschuhen und das Tätigkeitsfeld muß klarer umrissen werden. Die vorliegende zweijährige Erfahrung zeigt sowohl die Mängel der gesetzlich umschriebenen Aufgaben, wie das weiter gesteckte Gesichtsfeld des Arbeitervertreters. Bei der Übernahme des Amtes war es die erste Aufgabe des Arbeitervertreters, sich einen Überblick über das **Gesamtunternehmen** zu verschaffen. In seiner Tätigkeit als Betriebsrat war er bisher auf den Betrieb beschränkt, in dem er beschäftigt. Deshalb mußte der Antrag zur Besichtigung der Werke gestellt werden, eine Forderung, der nicht überall entsprochen und um die erst gekämpft werden mußte. Bei der Besichtigung der einzelnen Werke bekam das Aufsichtsratsmitglied erst einen Begriff von der Größe des Unternehmens, sah den Gang der Produktion in seiner vertikalen Gliederung von der Kohle und ihren Nebenprodukten über das Roheisen des Hochofens hinweg bis zur feinsten Weiterverarbeitung, lernte sowohl die Gesamtarbeiterschaft an ihrem Arbeitsplatz, auch deren Wohnungen kennen, soweit Koloniehäuser in Frage kommen. Mit den Betriebsräten der einzelnen Werke trat das Aufsichtsratsmitglied in persönliche Beziehung, organisierte den mündlichen und schriftlichen Verkehr mit ihnen und trug deren Anträge und Wünsche, wenn sie über die Befugnisse der einzelnen Direktoren hinausgingen, dem Vorstand vor. Wenn Auftragsmangel, Arbeiterentlassungen u. a. in Frage kamen, wurden durch seine Vermittlung auch mündliche Verhandlungen einzelner Betriebsratsvorsitzenden mit Vorstandsmitgliedern des Konzerns erwirkt. Der zwischen dem Aufsichtsratsmitglied und den Betriebsräten in Frage kommende schriftliche Verkehr, der in umfangreichen Konzernen viel Arbeit für den Arbeitervertreter im Aufsichtsrat macht, gestaltet sich noch schwieriger, wenn das Aufsichtsratsmitglied als Betriebsrat im eigenen Betrieb schon voll in Anspruch genommen wird. Fast unüberwindlich sind aber die Hindernisse, wenn das Mitglied nicht im Mutterwerk oder am Sitz des Vorstandes tätig ist. In diesem Falle ist der Vorstand für ihn fast unerreichbar. Was das bedeutet, kann ermessen, wer weiß, daß der Vorstand in seinen regelmäßigen wöchentlichen Sitzungen oft entscheidende Beschlüsse faßt, die die Arbeiter sehr empfindlich berühren.

Die Werke besichtigen zu können, hat man dem Aufsichtsratsmitglied in den meisten Fällen nur einmal gewährt. Man lehnte ab die Einberufung der Betriebsratsmitglieder (oder wenigstens deren Ausschüsse) durch das Aufsichtsratsmitglied zu einer Konferenz, um dem Aufsichtsratsmitglied die Möglichkeit zu geben, über seine Tätigkeit den Wählern zu berichten. Diese Lücke muß vorläufig durch die Organisation ausgefüllt werden.

Der Gesetzgeber hat den Vertretern der Arbeiterschaft Sitz und Stimme im Aufsichtsrat gegeben und damit auch ein Stück Verantwortung. Bei dieser Verantwortung genügt es nicht, im Aufsichtsrat zu sitzen, den geschäftlichen und finanziellen Aufbau des Unternehmens einmal jährlich im Vorlegen der Bilanz und den Bericht des Vorstandes anzuhören, **sondern der Vertreter muß die täglichen Begebenheiten der Verwaltung kennen und muß deshalb im Vorstand und Verwaltungsrat Sitz und Stimme erhalten.** Da die Rechte des Vorstandes nach den Gesellschaftsstatuten sehr weitgehende sind und seine Entscheidungen oft das Schicksal Tausender Arbeiter berühren, ist der Sitz im Vorstand der geeignete Platz, um tatkräftig die Interessen der Arbeiterschaft vertreten zu können. Wie oft kommt es vor, daß Beschlüsse des Vorstandes doch später durch die einzelnen Direktoren den Betriebsräten ihrer Abteilungen unterbreitet werden müssen und dann von den Betriebsräten zu praktischen Gegenanträgen führen. Diese Anträge werden dann aber gewöhnlich mit der Bemerkung abgelehnt, daß der Vorstand bereits beschlossen habe. Der Vorstand aber ist für die einzelnen Betriebsräte nicht zu sprechen. Hier kann also nur das Aufsichtsratsmitglied eingreifen; dieses trifft jedoch mit dem Vorstand nur in den selten stattfindenden Aufsichtsratssitzungen zusammen. Im Vorstand Sitz und Stimme für die Arbeiterschaft zu erlangen, würde für die Arbeitnehmer einen bedeutenden Schritt weiter auf dem Wege einer Mitbestimmung bedeuten. Die Durchführung dieser unserer Forderung ist natürlich abhängig von der Geschlossenheit und Stärke der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen.

Und nun ein kleines Stimmungsbild über die Aufsichtsratssitzung und Generalversammlung einer Aktiengesellschaft. In den letzten Tagen hat die Gesellschaft ihren Bilanzabschluß getätigt. Das finanzielle Gebilde des Unternehmens ist von der Papiermark auf Goldmark umgerechnet worden. Es scheint, als wenn das Riesengebilde die für so manches Unternehmen schmerzhafte Operation sehr gut überstanden hätte. Die stattfindende Aufsichtsratssitzung und Generalversammlung bildet den Schlußstein für das Inflationsjahr 1923. In der Aufsichtsratssitzung erstattet der Vorstand Bericht und sucht um Genehmigung seines Wirkens nach. Der Vorsitzende ist allmächtig. Mit einem schnellen Seitenblick über die Arbeitervertreter hinweg (die Herren saßen nicht mehr allein unter sich) gab er zögernd und so leise den Bericht, daß ihn 50 Prozent aller Anwesenden überhaupt nicht verstehen konnten. Aber das schadet nichts. Der Vorsitzende wußte, daß er sich nicht allzu sehr anzustrengen brauchte, die Herren kannten keine Opposition, sondern hüllten sich in „ehrfurchtsvolles Schweigen". Im Höchstfalle raffte sich einmal einer der Herren zu einer bescheidenen Anfrage auf. Aufmerksam hörten in dieser für sie fremden Umgebung die Arbeitervertreter zu. Sie fühlten, daß das Schicksal vieler tausend Arbeiter hier mit im Brennpunkt des Berichtes stand. Sie fühlten, daß alle die anwesenden Bankdirektoren, Börsenleute, Justizräte usw. nicht viel von den Leiden und Sorgen der arbeitenden Massen kennen, ebensowenig auch das Unternehmen in seinen Einzelheiten. Nur der Vorstand und der Arbeitervertreter wurzeln fester darin. Der an der Spitze stehende Vorstand gebietet als Diktator der Wirtschaft über Menschen, der Arbeitervertreter sitzt am Ende und kämpft um die Rechte der Ausgebeuteten. Zwischen diesen beiden entsteht in der Sitzung dann und wann eine Debatte, die die Aufsichtsratssitzung etwas belebt. Die Herren erteilen dem Vorstand weitgehendste Vollmacht, erhalten ihre Tantiemen und ziehen vergnügt von dannen.

Die umfangreiche Tagesordnung in der Generalversammlung wurde in kurzer Zeit erledigt. Von den Aktionären wurde keine Frage an den Vorstand gestellt, die die Lage des Unternehmens, die Überwindung der Krise, die Gestaltung der nächsten Zukunft und die Lage der Arbeiterschaft berührt hätte. Nur das Maß der Dividendenausschüttung interessiert den Aktionär. Und da hat er die Ziffern der vor ihm liegenden Bilanz, das andere überläßt er dem Vorstand. Unterdessen schaffen aber Tag für Tag Tausende fleißiger Hände rastlos weiter im Riesengetriebe des Unternehmens. Diese Tausende sind mit dem Schicksal des Unternehmens verknüpft und allen Krisenerscheinungen ausgesetzt. Diese Krisen aber, von denen die wenigsten natürlicher Art sind, wollen kein Ende nehmen. Eine Betriebsstillegung löst die andere ab. Das zwingt jeden einzelnen Arbeiter gebieterisch, sich mit seinen Klassengenossen in starken Organisationen zu verbinden und sich

seiner Haut zu wehren. Auf die Gesetzgebung ist einzuwirken, daß nicht nur die Arbeiter Einfluß in sozialen Fragen, sondern auch bei der Gestaltung der Produktion, ein Mitbestimmungsrecht im geschäftlichen und finanziellen Aufbau des Unternehmens erhalten. Darüber hinaus aber ist für die Zukunft eine andere Wirtschaftsform, der Sozialismus anzustreben.

Bücherbesprechung

Lenin von Georg Lukacs (Der Malik, Verlag, Berlin). Keine leichte Aufgabe hat sich der Verfasser gestellt: Nicht ein persönliches Lebensbild des großen bolschewistischen Führers will er geben, sondern eine zusammenfassende Darstellung des Leninismus, der Theorie und der Praxis Lenins. Und er hat Recht, wenn er einleitend die Schwierigkeit der Aufgabe betont, „zu popularisieren, bevor das, was popularisiert werden soll, wissenschaftlich einwandfrei niedergelegt ist". Für den Leser ist die Aufgabe des Verstehens, besonders dann, wenn er mit Lenins eigenen Schriften nicht vertraut sein sollte, noch besonders dadurch erschwert, daß es sich anscheinend um eine Übersetzung handelt — so wenigstens erklären wir uns das stellenweise recht holperige Deutsch.

Den Schlüssel für die ganze Leninsche Theorie und Praxis gibt der Verfasser in dem Leninschen Ausgangspunkt von der Aktualität der Revolution; diese Aktualität jedoch nicht im Sinne der historischen Epoche, sondern der effektiven Unmittelbarkeit aufgefaßt. Nach Lukacs hat Lenin für unsere Epoche dasselbe geleistet, was Marx für die Gesamtentwicklung des Kapitalismus. „Er hat in den Entwicklungsproblemen des modernen Rußland stets die Probleme der ganzen Epoche gesehen." Und wir glauben, mit dieser Feststellung erst gibt der Verfasser den Schlüssel für das Verstehen des Leninismus und seine Gegenüberstellung mit Marx weist uns bereits auf den grundlegenden Unterschied hin: Marx lebte in dem vorgeschrittensten Land des modernen Kapitalismus seiner Epoche und sah die Entwicklungslinie auch der rückständigeren Staaten in dieser Richtung tendieren — während wenn Lenin, nach des bolschewistischen Verfassers Aussage (die in der Tat durch die Handlungen und Theorien des Bolschewismus gestützt wird) das rückständigere und eine ganz eigenartige Entwicklung repräsentierende Rußland als Grundlage für die Lösung der europäischen ökonomischen und soziologischen Probleme nahm, so wird das so manches erklären, das an des großen Revolutionärs Leben und Werk dem Westeuropäer, der nicht nur Elan und Tatkraft anstaunen, sondern auch **verstehen** will, sonst schwer verständlich ist. Daraus folgert insbesondere die Auffassung von der proletarischen Partei der Revolution als einer immer zu säubernden Minderheit, wie auch die über die revolutionäre Realpolitik.

Mag man sich jedoch auch kritisch zu diesen für die westeuropäische Situation von falscher Grundlage ausgehenden Anschauungen verhalten, in einem hatte — was in der Schrift recht gut dargestellt wird — der Verfasser ohne Zweifel Recht: Wer die Umgestaltung der Gesellschaft, wer die proletarische Revolution will, der kann sich in der heutigen Epoche nicht mehr mit einer verbalen Verkündung des Ziels begnügen, sondern der muß sie auch vorbereiten helfen, im Denken, im Willen zum Handeln und in der Vorbereitung der organisatorischen Maßnahmen. Und da will es uns allerdings bedünken, daß manche Kritiker des russischen Revolutionärs noch einiges von ihm zu lernen hätten.

* T. S.

„Ihr aber lebt" von **Richard Lohmann** (Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin). Ein Spiel aus Traum und Wirklichkeit nennt der Verfasser selbst das Stück, das eine Wiederspiegelung ist des Ringens unserer Zeit — des Ringens des einzelnen um die eigene Lebensgestaltung, wie um die der Gesamtheit. Probleme, die der Krieg aufgerollt, verschlingen sich mit den dunklen Fragen, wie der einzelne aus dem Alten sich losreißen und im eigenen Leben Neues gestalten kann. Dazwischen aber ziemlich unvermittelt ein Versuch zu einer gemeinwirtschaftlichen Siedlung — ein Versuch mit untauglichen Mitteln und unzureichenden Menschen.

Die von gutem Willen beseelten, aber doch mehr mit sich selbst, denn mit dem großen neuen Gedanken der Schaffung wahrer Gemeinschaft beschäftigten Menschen müssen scheitern — vergehen. „Ihr aber lebt" — der Grundgedanke der Komposition kommt indessen zu vage, zu wenig glaubhaft zum Ausdruck. T. S.

Rotationsdruck: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Stuttgart, Rötestraße 16